Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 60 Pfg. monatlich. Durch die Post bezogen 1,80 Mk. vierteljährlich exklusive Bestellgeld.
Einzelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie für das östliche Westfalen und die lippischen Fürstentümer.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Inseraten-Annahme
bis 1/2 9 Uhr vormittags. Größere Inserate müssen bis 5 Uhr abends tags zuvor aufgegeben sein.

Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" A. Gerisch & Co., Bielefeld.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Nr. 160. **Bielefeld, Dienstag, 13. Juli 1909.** **20. Jahrg.**

Öffentliche politische Versammlung

Donnerstag, den 15. Juli, abends 8½ Uhr, in der „Centralhalle"

Thema: Die Reichstagswahlen von 1907 und der Segen des Schnapsblocks.

Referent: Reichstags-Abgeordneter Severing.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Die Schließung der Session.

P. Wien, 10. Juli.

Die Tagung des Parlamentes hat ein jähes Ende erfahren. Durch kaiserliche Entschließung wurde die Session geschlossen, ohne daß die wichtigen Vorlagen, die noch auf dem Arbeitsprogramm der Sommertagung standen, erledigt worden wären. Der Handelsvertrag mit Rumänien, die Ermächtigung zur provisorischen Abschließung von Handelsverträgen mit den Balkanstaaten sind parlamentarisch nicht erledigt worden, das Handlungsgehilfengesetz und das Gesetz über die Arbeitszeit im Handelsgewerbe, ebenso das Gesetz über die Unfallversicherung der Bauarbeiter, die alle vom Ausschusse fertiggestellt worden waren, sind nun liegen geblieben. Die Obstruktion, die die tschechischen Agrarier und die slowenischen Klerikalen gegen die Handelsverträge begonnen haben, hat dem Parlamente den Lebensfaden abgeschnitten und es an der Erledigung seines Programms gehindert. Eine frivole Obstruktion, die selbst von ihren Akteuren nicht ernst genommen wurde, und dazu eine unfähige, zugleich auch heimtückische Regierung: wie hätte diesem Ueberfall das zerklüftete Parlament widerstehen können?

Gerade eine Woche ist's her, da forderten die Sozialdemokraten die anderen Parteien auf, den Kampf gegen die Obstruktion aufzunehmen, und um ihnen das zu erleichtern, brachten sie selbst die dringenden Vorlagen, die noch erledigt werden sollten, in der Form von Dringlichkeitsanträgen vor das Haus. Wohl standen 63 Dringlichkeitsanträge voran, die hätten aufgearbeitet werden müssen. Aber der Kampf war wohl langwierig, aber nicht aussichtslos, wenn die nichtobstruktionellen Parteien bereit waren, einige Wochen lang täglich Dauersitzungen abzuhalten. Die Obstruktionisten waren nicht viel mehr als 50 Mann, denen leicht 2- bis 300 entschlossene Antiobstruktionisten gegenüber gestellt werden konnten. In wenigen Wochen mußten die Obstruktionisten vollkommen erschöpft sein und dann wäre man bei den sozialdemokratischen Dringlichkeitsanträgen angelangt. Die Obstruktionisten waren übrigens auch innerlich dadurch geschwächt, daß sie gerade unter ihren Führern einige hartnäckige Ministerstreber haben, die wohl durch die Inszenierung der Obstruktion ihre Macht zeigen konnten, aber doch die Obstruktion nicht gar zu lange ausdehnen durften, wenn sie nicht „oben" ganz in Ungnade fallen wollten. Das fühlten übrigens die Obstruktionisten selbst und so war ihr Bestreben darauf gerichtet, ihrer Obstruktion ein nationales Mäntelchen umzuhängen, um ihre Nationsgenossen zum Kampfe mitzureißen. Die Obstruktion niederzuringen, war wahrlich nicht schwer. Aber die bürgerlichen Parteien waren zu feig und zu faul, um einen Kampf aufzunehmen und — ihre Sommerferien zu opfern. So begannen sie denn mit der Obstruktion zu verhandeln. Eine ganze Woche verstrich, ohne daß die Verhandlungen auch nur um einen Schritt vorwärts gekommen wären, eine Woche Gewinn für die Obstruktionisten. Aber in dieser einen Woche hatten diese auch ihre eigene Schwäche erkannt, und sie suchten nur noch nach einer Möglichkeit, aus dieser Situation herauszukommen. Von Tag zu Tag änderten sie nun ihr Kampfziel und von der Gefährdung der agrarischen Interessen, die anfangs als Grund der Obstruktion angegeben worden war, war längst keine Rede mehr. Nun wurde von ihnen als Grund angeführt, daß man das Arbeitsprogramm ohne sie hatte festsetzen wollen, und sie verlangten, daß man mit ihnen über das Arbeitsprogramm verhandle. Und dann stellten sie immer neue Bedingungen für das Ablassen von der Obstruktion auf: bald verlangten sie die Errichtung einer tschechischen Universität in Mähren, bald die Zusicherung, daß im Herbst eine Rekonstruktion des Ministeriums erfolgen werde, dann wieder Schutz für die bosnischen Bauern.

Es waren lauter Rückzugsgefechte und ein halbwegs geschickter Unterhändler hätte die Obstruktion — die bei der österreichischen Geschäftsordnung nun einmal eine ernste Gefahr für das Parlament ist — leicht beseitigt. Nun zeigte sich aber auch hier wieder, daß Baron Bienerth, dem die Geschicke Oesterreichs jetzt ausgeliefert sind, ein Schwachkopf allerersten Ranges ist. Zuerst überließ er das Unterhandeln den anderen Ministern, vor allem dem christlich-sozialen Handelsminister Dr. Weiskirchner, der darauf spekuliert, im Herbst Bienerths Nachfolger im Ministerpräsidium zu werden, also wenig Lust hat, Herrn Bienerth die Schwierigkeiten wegzuräumen. Als dann aber trotzdem die Schwierigkeiten ziemlich behoben waren und es zu den letzten Unterhandlungen kam, die bestimmt waren, die Sache zu beenden, verdarb er alles, was schon gut gemacht war. Ja, als die Obstruktionisten schon bereit waren nachzugeben, brach er plötzlich die Verhandlungen ab. Das war nun sogar seinen Regierungsparteien zu arg und so erklärten die Christlich-Sozialen, die Verhandlungen selbst führen zu wollen. In einer Versammlung der Obmänner aller großen Parteien, die von den Christlich-Sozialen zu diesem Zwecke einberufen wurde, schilderten die Obstruktionisten ihre Unterredung mit dem Ministerpräsidenten. Die Entrüstung über die Dummheit Bienerths war ziemlich allgemein. Nun erhob sich Dr. Adler und richtete einen Appell an die Obstruktionsparteien, dem Parlament zuliebe und dem Ministerpräsidenten zum Trotze, dessen Unfähigkeit nun offenbar geworden sei, die Obstruktion aufzugeben. Mehr könnten sie durch ihre Obstruktion ja gar nicht bezweckt haben, als aufzuzeigen, wie unfähig Baron Bienerth sei. Mit diesem Triumph mögen sie sich begnügen. Die Rede machte großen Eindruck und die Obstruktionisten erklärten sich bereit, über die Modalitäten des Friedens zu verhandeln. Nun wurde ein engerer Ausschuß eingesetzt, der tatsächlich heute vormittag eine Formel fand, die den Frieden ermöglichte. Statt aller ihrer 63 Dringlichkeitsanträge wollten die Obstruktionisten nur einen Dringlichkeitsantrag einbringen, der einen seinerzeitigen Beschluß des Abgeordnetenhauses gegen die Ueberlassung der bosnischen Grundentlastung an eine ungarische Wucherbank wiederholt. Alle Parteien hatten sich prinzipiell mit diesem Antrag einverstanden erklärt und nachmittags sollte das Kompromiß perfekt werden. Aber während der Mittagspause ging Dr. Lueger zum Ministerpräsidenten und dieser erklärte, in der Fassung, die beschlossen wurde, sei der neue Dringlichkeitsantrag ein Mißtrauensvotum für die Regierung. Was sonst noch zwischen den beiden gesprochen wurde, weiß man nicht. Sicher ist, daß Lueger dann von den Obstruktionisten die Streichung einiger scharfen Ausdrücke verlangte und als diese das verweigerten, die Verhandlungen abbrach.

Es ist nun ganz ausgeschlossen, daß dieser Streit um Worte — denn das war es zum Schlusse — nicht hätte beigelegt werden können, wenn der Wille dazu vorhanden gewesen wäre. Daraus geht aber hervor, daß die Regierung den Frieden nicht wollte. Heute wurde in Ungarn die Ministerkrise beigelegt und es scheint, daß das wiederernannte Ministerium Wekerle gegen das Versprechen, die Rekrutenzahl zu erhöhen, in der Frage der Heeressprache Konzessionen erhielt. Da kann man aber das österreichische Parlament nicht brauchen, das sofort gegen solche Zugeständnisse Einspruch erheben würde, und deshalb dürfte Bienerth von der Krone, die ihren Frieden mit Ungarn machen will, den Auftrag erhalten haben, das österreichische Parlament heimzuschicken. Bis zum Herbst, hofft man, werden sich die österreichischen Patrioten über die Zugeständnisse an die Ungarn wieder beruhen. Damit die Krone von den Ungarn neue Soldaten erhalte, durfte der Frieden mit der Obstruktion nicht zustande kommen.

Landesen-Harting.

Wir entnehmen dem „Vorwärts":

Paris, 7. Juli. Die Enthüllung Burzews, die durch die offiziösen Communiques schon so gut wie bestätigt ist, erregt ungeheures Aufsehen. Wohl gibt es „große" Zeitungen, die ihre wohlhonorierte Anhänglichkeit an den Zarismus so weit bewähren, daß sie den neuen Polizeiskandal ganz unterdrücken oder in einer kurzen, unauffälligen Notiz erledigen, aber die meisten Blätter beeifern sich, ihrem Publikum mit eigenen Details über die Affäre aufzuwarten. Viel kommt dabei allerdings nicht heraus, da Burzew seine weiteren Pfeile im Köcher hält und die in den Kreisen der Emigranten umlaufenden Gerüchte der kritischen Vorsicht entbehren, womit Burzew seine Anklagen formuliert. Von großem Interesse ist daher die Darstellung, die dieser selbst im „Journal" von der Rolle Landesens in den Ereignissen von 1890 gibt.

Zu jener Zeit gab es, wie Burzew erzählt, in Paris zwei selbständig arbeitende revolutionäre Gruppen, die nichts voneinander wußten. Die eine bestand aus Resten der Narodnaja Wolja und ihr gehörten Burzew selbst und Landesen an, die andere hatte nur drei oder vier Mitglieder und hatte Verbindungen mit der Züricher Gruppe, deren zwei bedeutendste Mitglieder Demsky und Dembo Opfer eines Sprengstoffexperiments geworden waren. In der ersten Gruppe war nach verschiedenen Versuchen mit Sprengstoffen das Prinzip zum Durchbruch gekommen, das die Sozialrevolutionäre bis heute anerkennen und das die Vorbereitung von Attentaten auf dem Boden gastfreundlicher Länder untersagt. In der anderen wurde dieser Grundsatz nicht beobachtet, und so geschah es, daß bei einem Experiment im Walde von Raincy bei Paris ein Revolutionär schwer verletzt wurde. Einer seiner Freunde eilte zu einigen Bekannten, deren revolutionäre Gesinnungen er kannte, und beschwor sie, ohne Mitteilung weiterer Details, alles kompromittierende Material zu vernichten. Bei dieser Gelegenheit kam Landesen der anderen Gruppe auf die Spur, und es sollte sich bald zeigen, wie er seine Entdeckung ausnutzte.

Zu dieser Zeit beschloß Burzew, mit einem seiner Freunde nach Rußland heimzukehren. Nur Landesen kannte das Ziel seiner Reise, aber schon in Rumänien bemerkte Burzew, daß er ausgespäht werde. Sein Reisegefährte ließ sich nicht warnen und wurde an der russischen Grenze verhaftet. Burzew ging nach Konstantinopel, wo er zu seiner Verblüffung in den Blättern die Verhaftung der Pariser Freunde las. Er schrieb sofort nach Paris, daß Verrat im Spiel sei, und nannte Landesen als Verräter. Aber so groß war das Vertrauen der Revolutionäre, daß zwei von ihnen Landesen davon in Kenntnis setzten und ihm im Namen der revolutionären Sache zur Flucht zuredeten. Landesen, der von der Polizei unbehelligt geblieben war, ließ sich nicht lange zureden und verschwand — für immer. Oder wenigstens als Träger dieses Namens. Die unscheinbare Spitzelraupe verwandelte sich in den glänzenden Schmetterling „General Arkadi Harting, Exzellenz, Ritter des Wladimir-Ordens usw." In dieser Verwandlung vollbrachte Abraham Heckelmann seine Glanzleistung auf deutschem Boden: den Königsberger Prozeß!

Vor seiner Abreise aus Paris aber hatte er alles geleistet, was seine Brotgeber wünschen durften. Die Abwesenheit des mißtrauischen Burzew, dem er selbst zur Reise inständig zugeredet hatte, ermöglichte es ihm, seine Gruppe mit der von ihm aufgespürten, mit Bomben experimentierenden, zu verschmelzen. Am 28. Mai verteilte er Bomben unter etliche Kameraden. Am nächsten Tage fanden die Hausdurchsuchungen statt. Im ganzen wurden 13 Personen vor Gericht gestellt, von denen 6 je drei Jahre Gefängnis erhielten. Landesen wurde in contumaciam zum Maximum von 5 Jahren Gefängnis verurteilt.

In Petersburg herrschte über den Prozeß große Freude. Alexander III. rief: „Endlich haben die Franzosen eine Regierung," was den damaligen Minister des Innern, Herrn Constans, den Mann von Fourmies, sehr befriedigte. Der russische Botschafter, Baron Mohrenheim, aber richtete an den Polizeipräfekten Herrn Lozé ein begeistertes Anerkennungsschreiben, das bald darauf bekannt wurde.

Es muß hier hervorgehoben werden, daß sechs Jahre später „Herr Harting" zum Ritter der Ehrenlegion ernannt wurde. Bei Ausländern geht diese Verleihung über das Ministerium des Aeußeren, und es ist Regel, das die Gesandtschaft des Staates, dem der zu Dekorierende angehört, dabei zu Rate gezogen wird. 1896 aber war derselbe Herr Mohrenheim noch Botschafter in Paris! Sollte er etwa in seinem Harting den Landesen von 1890 nicht erkannt haben?

Charakteristisch für die Bestürzung, die Burzews Enthüllungen in den Kreisen der französischen Polizei hervorgerufen haben, sind einige Interviews, die die heutigen Morgenblätter wiedergeben. Am wildesten gebärdet sich Herr Guichard, der Chef der sogenannten „Anarchisten-Brigade", gegen den freilich Burzew die fatale Beschuldigung erhebt, er habe Harting „nicht uninteressante" Gefälligkeiten erwiesen. Für Herrn Guichard ist Burzew „ein Mann, der längst aus allen Ländern Europas, Frankreich und Rußland inbegriffen, ausgewiesen ist und in Paris nur geduldet wird" (nebenbei ist die Behauptung unwahr). Er hat gefürchtet, anläßlich des Zarenbesuchs ausgewiesen zu werden, und darum versucht, mit seiner Denunziation der Regierung einen Dienst zu erweisen (?). Dagegen sei Harting ein durchaus korrekter Mann, der in Rußland selbst als vollkommen ehrenhaft gelte. Er habe ja auch den Titel Exzellenz und verschiedene Orden! — Der andere von Burzew bezeichnete Beamte, Herr Hamard, erklärt, Harting sei ihm völlig unbekannt. Herr Lozé, der Polizeipräfekt von 1890, erinnert sich gar nicht, daß es einen Landesen gegeben habe. Dagegen ist das Gedächtnis des damaligen Chefs der Sicherheitspolizei, Herrn Goron, ziemlich aufgetaut. Er erzählt: „Im Anfang des Jahres 1890 hatte Herr Lozé den Gedanken, eine genaue Untersuchung über die Situation der russischen Studenten (wie fein ausgedrückt!) zu veranstalten, die bei uns Chemie studieren. Bald erlangte er den Beweis, daß einige mit Explosivstoffen experimentierten. Er setzte sofort Herrn Raschkowsky, den Chef der russischen Auslandspolizei zur Ueberwachung der Nihilisten, davon in Kenntnis und forderte ihn auf, einige seiner Agenten den französischen beizufügen. Man befand sich im Angesicht eines nihilistischen Komplotts gegen das Leben des Zaren. Die Regierung war in großer Verlegenheit. Sie befürchtete eine neue Affäre Hartmann, des Nihilisten, der einen Mordanschlag gegen den Zaren unternommen hatte, aber unter dem Druck der öffentlichen Meinung hatte freigelassen werden müssen, da die Kammermehrheit sein Verbrechen als ein politisches ansah. (Bekanntlich fällt das Hauptverdienst an dieser Freilassung dem damaligen Demokraten Clemenceau zu. Anm. d. B.) Herr Lozé schlug ein einfaches Mittel vor, nämlich die Affäre vor das Zuchtpolizeigericht zu bringen und die betreffenden Personen nur wegen Herstellung von Sprengstoffen zu verhaften. Herr de Freycinet stimmte dieser Lösung zu, und Herr Constans billigte das Verhalten seines Untergebenen. Um 5 Uhr morgens waren alle Nihilisten verhaftet und die Bomben mit Beschlag belegt. Die Verhaftbefehle waren

statt vom Präfekten von einem Untersuchungsrichter unterzeichnet und Herrn Lozé in blanco vorgelegt worden. Am selben Abend richtete Herr v. Mohrenheim einen Brief an den Präfekten, der mit den Worten begann: „Sehr teuerer, wahrer und ausgezeichneter Freund“ und worin er Herrn Lozé mit Wärme für die Dienste dankte, die er Rußland erwiesen hatte. Herr Lozé, der einige Monate zuvor den Großkordon des Stanislausordens erhalten hatte, bekam wenige Tage später vom Zaren einen prachtvollen Kunstgegenstand.“

Diese Erzählung des redseligen Polizisten ist ein vortreffliches Argument für die Forderung, die Genosse Jaurès heute in der „Humanité“ erhebt. Jaurès erklärt, daß die von Clemenceau in Aussicht gestellte Anweisung Hartings nebst seiner Streichung aus der Ehrenlegion nicht genüge. Es gelte jetzt, Frankreich von dem infamen Treiben der ausländischen Polizei zu befreien, das bisher die Begünstigung der Regierung genossen habe. Jaurès will in der Kammer auf diese Forderung von Clemenceau eine Antwort verlangen.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Wie Zechenverwaltungen „berichtigen“. Vor etwa 4 Wochen berichtete die bürgerliche Presse mit sittlicher Entrüstung, daß auf der Zeche „Minister Aschenbach“ bei Dortmund sechs Bergleute bei der Festsetzung der Gedinge einen Steiger lebensgefährlich mißhandelt hätten. Als nach eingehender Information die Parteipresse die Mitteilung machte, daß von einer Mißhandlung eines Steigers keine Rede sein könne, hatte die Zechenverwaltung den Mut, verschiedenen Parteiblättern Berichtigungen zuzusenden, in denen ausdrücklich betont wurde, daß dem doch so sei und bereits Anklage wegen gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung gegen die Bergleute schwebe.

Vom Staatsanwalt ist jetzt den Missetätern die Mitteilung gemacht worden, daß das Verfahren eingestellt worden ist.

Protest der durch den Schnapsblock verratenen Beamten. Eine Protestkundgebung der Postbeamten gegen die von der Budgetkommission des Reichstags gefaßten Beschlüsse über die Gehaltsaufbesserung fand gestern abend in der Brauerei Friedrichshain in Berlin statt. Die Versammlung war von ca. 3000 mittleren und unteren Postbeamten besucht. Ein Oberpostassistent, der das einleitende Referat hielt, sowie die Debatteredner — durchgehend Postbeamte — sprachen sich sehr scharf gegen die Beschlüsse der Budgetkommission aus. Konservative und Zentrum hätten sich so benommen, daß es keinen Glauben an deutsches Manneswort und deutsche Treue mehr gäbe. Erst hätten sie den Beamten alles versprochen und jetzt nichts gehalten. Voll Erbitterung steht die Beamtenschaft den letzten Beschlüssen der Budgetkommission gegenüber. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die ausspricht, daß in der jetzigen Form die Besoldungsvorlage in keiner Weise zufriedenstellend sei und vom Reichstage die Wiederherstellung der Beschlüsse der Budgetkommission in der ersten Lesung fordert.

Wann treten die Steuergesetze in Kraft? Die Termine für das Inkrafttreten der Steuergesetze sind ganz verschieden. Es werden in Kraft treten: das Brausteuergesetz am 1. August d. J., die Bestimmungen über die Abgabenerhebung von Bier für Rechnung von Gemeinden, die Aenderung des Zollvereinigungsvertrages vom 8. Juli 1867 dagegen erst am 1. April 1910, das Tabaksteuergesetz am 15. August 1909, bezüglich der Aenderung des Zigarettensteuergesetzes von 1906 am 1. September 1909, das Branntweinsteuergesetz am 1. Oktober 1909, die Reichsstempelnovelle am 1. August 1909, die Bestimmungen über den Scheckstempel am 1. Oktober 1909, die Erhöhung des Kaffee- und Teezolles am 1. August 1909, die Zündholz- und Beleuchtungssteuer am 1. Oktober 1909, desgleichen die Schaumweinsteuer.

Konservative Fahnenflucht.

Die Mißstimmung mancher konservativer Kreise über die Haltung der konservativen Reichstagsfraktion kommt immer lebhafter zum Ausdruck. Im Wahlkreise Calbe-Aschersleben-Quedlinburg wird von einer Anzahl Konservativen ein Aufruf an ihre Gesinnungsgenossen verbreitet, dem wir folgende Stelle entnehmen:

„Die Unterzeichneten mißbilligen mit Entschiedenheit die Haltung der konservativen Reichstagsfraktion, im besonderen in Bezug auf die Erbanfallsteuer und die an ihre Stelle hineingezerrten, höchst bedenklichen Ersatzsteuern und sehen darin eine kaum jemals wieder gut zu machende Schädigung des konservativen Einflusses auf des Vaterlandes Geschicke. Die Gesinnungsgenossen, welche gleich uns nicht gewillt sind, stillschweigend dem Staatsinteresse widersprechende Beschlüsse der konservativen Reichstagsfraktion, obgleich sie vom Zentrum und den Polen unterstützt bezw. von diesen in die Welt gesetzt und dem deutschen Vaterlande aufgezwungen werden sollen, gutzuheißen, bitten wir um ihre Adresse.

Wir wünschen eine reinliche Scheidung zwischen den Konservativen, die an materielles Sonderinteresse, und solchen Konservativen, welche an das Gesamtwohl denken, herbeizuführen . . . Ob die Zahl der konservativen Abgeordneten zunächst kleiner oder größer wird, ist unwichtig gegenüber ihrer Verpflichtung, uns ein leuchtendes Vorbild zu sein in selbstloser Hingabe an unsern Kaiser und (im Original fettgedruckt) an unser Volk.

Es ist die höchste Zeit, daß die konservativen Urwähler ihrer durchaus abweichenden Anschauung öffentlich Ausdruck geben, damit es nicht scheint, als ob die Hauptmasse der Gesinnungsgenossen einverstanden wäre mit ihren bisherigen Vertretern, und ihre höchste politische Befriedigung darin fände, gedankenlos konservative Wahlzettel abzugeben. Es ist die höchste Zeit, daß die Wortführer unserer Partei im Reichstage nicht länger darüber im Unklaren bleiben, daß wir ihnen unsere Begleitung auf der abschüssigen Bahn nach Rom und Lemberg verweigern, und daß die Brüskierung unseres um das Vaterland hochverdienten Reichskanzlers, des Fürsten v. Bülow, uns auf das tiefste erbittert.“

In Greiffenberg-Kammin, dem Wahlkreise des Herrn von Normann, wurde ein Aufruf veröffentlicht, der folgende Stelle enthält:

„Die konservative Partei des Reichstages hat sich in einer Lebensfrage des Reiches, in der Finanzreform, mit dem römisch-klerikalen Zentrum und mit den deutschfeindlichen Polen verbündet. Das kann kein evangelischer Christ, der seine Kirche gegen das gefährliche Andringen der katholischen Bestrebungen beschützt sehen möchte, ohne schwere Sorgen hinnehmen, auch kein deutscher Mann, dem es am Herzen liegt, daß die Ostmarken nicht mehr und mehr dem Polentum verfallen . . . . . Wird der Ertrag der Arbeit so vielfach besteuert, so wird auch ein reiches Erbe zur Steuer herangezogen werden dürfen. Es hat sicher auch die Befürchtung mitgewirkt, daß zeitgemäße Forderungen verwirklicht werden könnten, wie es z. B. die durch die Thronrede in Aussicht gestellte maßvolle Aenderung des preußischen Wahlrechts und die Durchführung der fachmännischen Schulaufsicht sind. Alle, die in diesen Ausführungen ihre politische Ueberzeugung ausgedrückt finden und die gewillt sind, die drohenden Folgen der jetzigen konservativen Parteipolitik abwehren zu helfen, werden hiermit aufgefordert, einer Vereinigung vaterländisch gesinnter Männer beizutreten.“

Wenn die Stimmung der Wähler anhält, wird den Konservativen bald vor ihrem „Siege“ grauen.

Arbeitervertreter des Zentrums vor den Arbeitern und im Reichstage.

Die Doppelzüngigkeit der Zentrumsabgeordneten ist selten so drastisch aufgezeigt und gebrandmarkt worden, wie gestern an der Person des christlich-katholischen Herrn Giesberts. Die Einzelheiten der Prozedur an diesem „Arbeitervertreter“ können im Bericht über die Reichstagsverhandlungen nachgewiesen werden. Wir wollen hier nur hervorheben, daß der „Arbeitervertreter“ Giesberts seinen Namen hergab für einen Antrag, den selbst der nationalliberale Abg. Stresemann, bekanntlich Sekretär der sächsischen Industriellen, als einen arbeiterfeindlichen Verschlechterungsantrag brandmarkte. Der freisinnige Abgeordnete Dr. Potthoff drückte ebenfalls seine Entrüstung darüber aus, daß ein Mann, der selbst Arbeiter war, von Arbeitern als Gewerkschaftsbeamter besoldet wird, Verschlechterungsanträge stellt, und eifrigst solche Anträge bekämpfte, die einer Petition der christlichen Tabakarbeiter entsprechen! Die sozialdemokratische Fraktion machte sich zum Fürsprecher für die christlichen Arbeiterwünsche, und der Fraktionsredner Frank verabreichte dem „Arbeitervertreter“ Giesberts, der seinen notleidenden Klassen- und Glaubensgenossen in der schmählichsten Weise Fußtritte versetzte, die verdiente Züchtigung.

Wie Giesberts die Interessen der Arbeiter während des Steuerraubzuges vertreten hat, das kann glücklicherweise mit den eigenen Worten des Mannes nachgewiesen werden.

Als im Herbst vorigen Jahres die Steuerpläne der Regierung bekannt wurden, beschäftigte sich die Zentrumspresse sehr kritisch mit den angekündigten Vorlagen. Die ursprünglich angekündigte Besteuerung der Erbschaften war bekanntlich ausgedehnter geplant, wie die später herausgegebene erste Vorlage vorsah. Im Vergleich zu der zweiten Erbschaftssteuervorlage der Regierung war die im Herbst vorigen Jahres angekündigte immerhin als eine diskutable Besitzsteuer zu bezeichnen. Gerade zu der Zeit, als die steuerlichen Kundmachungen der offiziösen Presse eine weit stärkere Heranziehung des Besitzes zur Deckung der Reichsausgaben wahrscheinlich machten, da hielt der Verband westdeutscher katholischer Arbeitervereine in Essen einen Delegiertentag ab. Auf dem Delegiertentag hielt Herr Giesberts ein Referat über die Finanzreform. Wie sich Herr Giesberts da vor den katholischen Arbeitern benahm, darüber lassen wir uns am besten sein Parteiblatt, die „Essener Volkszeitung“, berichten. Das Zentrumsblatt berichtete in seiner Nummer vom 14. Oktober 1908:

„Ueber die Reichsfinanzreform referierte Herr Abg. Giesberts. Redner verbreitete sich in eingehender Weise über die Finanzlage des Reiches und die Steuerprojekte der Regierung und gab seinem lebhaften Bedauern Ausdruck über den mangelhaften Versuch der Regierung, die besitzenden Klassen stärker zur Steuer heranzuziehen. In der Diskussion wurde die Resolution, die in einer gemeinsamen Besprechung der Arbeitersekretäre in Düsseldorf gefaßt und dann an die Zentrumsfraktion des Reichstags abgesandt wurde, zur Verlesung gebracht. Dieselbe hat folgenden Wortlaut:

„Die in Düsseldorf versammelten katholischen Arbeitersekretäre glauben der Meinung der katholischen Arbeiter, wie sie dieselben in Versammlungen, in persönlichem Verkehr, in betreff der in Aussicht stehenden Reichsfinanzreform kennen gelernt haben, in folgender Weise der Leitung der Zentrumspartei zur Kenntnis geben zu müssen:

Es berührt die Arbeiterschaft sehr befremdend, daß fast der ganze Betrag der zur Erhaltung des Reiches notwendigen Steuern von der breiten Masse des Volkes getragen werden soll, wie das in der geplanten Erhöhung der Steuern auf Tabak, Bier und Branntwein zutage tritt. Gegenüber der Notlage des Deutschen Reiches verkennt die Arbeiterschaft durchaus nicht die nationale Pflicht, eine Gesundung der Reichsfinanzen herbeizuführen, indessen muß dagegen Einspruch erhoben werden, daß der größere Teil der Steuern wiederum auf die breiten Massen des Volkes abgewälzt wird, während kein ernsthafter Versuch zu erkennen ist, die besitzenden Klassen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zur Bestreitung der Bedürfnisse des Reiches heranzuziehen. Des ist um so mehr geboten, weil die arbeitenden Stände durch den gegenwärtigen Niedergang der Industrie in besonderer Weise betroffen werden, und auch schon durch eine Reihe indirekter Steuern belastet werden. Um so mehr ist eine Erfassung der leistungsfähigeren Kreise des Volkes durch direkte Steuern geboten, als dieselben durch indirekte Steuern in besonderer Weise nur wenig getroffen werden können, da sogenannte Luxussteuern geringe Einkünfte abwerfen.“

Der Verbandstag erklärte einstimmig seine Zustimmung zu dieser Resolution.“

Als es noch den Anschein hatte, daß die Finanzreform eine allgemeine und stärkere Belastung der Besitzenden durch eine Besteuerung der Erbschaften bringen würde, wie das jetzt der Fall sein wird, dank der Herrschaft des Schnapsblocks, da wetterte Herr Giesberts vor den katholischen Arbeitern gegen die Regierung, weil sie keinen ernsthaften Versuch mache, die Besitzenden zu belasten. Giesberts protestierte dagegen, daß „fast der ganze Betrag der zur Erhöhung des Reiches notwendigen Steuern von der breiten Masse des Volkes getragen werden soll.“ Die Delegiertenversammlung beschloß einstimmig auf Betreiben des Herrn Giesberts, die Zentrumsfraktion zu ersuchen, gegen die geplante Vermehrung der indirekten Steuern zu kämpfen.

So trat Herr Giesberts vor den katholischen Arbeitern auf, als ein unentwegter Beschützer der Schwachen, als ein Dränger nach einer Finanzreform, die den größten Teil der neuen Lasten den Besitzenden auferlegt. Der Herr Giesberts im Reichstag aber half eifrig mit, eine noch weit ungerechtere Steuerbelastung als die von der Regierung geplante zustande zu bringen. Er stimmte mit für die skandalösesten Steuergesetze, ja, er ließ sich von den Machern im Schnapsblock gebrauchen für die Bekämpfung sogar der bescheidenen Wünsche der um einige Nachsicht bittenden, elend bezahlten christlichen Tabakarbeiter. Von einem Unternehmersekretär mußte sich der „Arbeitersekretär“ Giesberts festnageln lassen als ein Großknecht des Agrariertums, das sich hartherzig weigert, die von dem Tabaksteuergesetz schwer geschädigten Arbeiter und Angestellten gebührend zu entschädigen. Von den vielen abstoßenden Szenen in dem Plünderungszug auf die Taschen der Besitzlosen ist am empörendsten zweifellos die, die den Arbeitersekretär Giesberts als den Wortführer der skrupellosesten Arbeiterschädiger zeigt. Herausfordernd bezeichnete er sich selbst im Reichstage als „starken“ Mann, der sicher zu sein glaubt, die von ihm schnöde verratenen christlichen Arbeiter auch jetzt noch beschwindeln zu können. Mag sein, daß es ihm gelingt, aber das Verhalten dieser Sorte Zentrumsarbeitervertreter muß doch mit der Zeit auch Licht unter den katholischen Arbeiterwählern verbreiten.

Frankreich.

ac. **Verzögerte Schwangeren-Fürsorge.** Der Senat bekommt das Gesetz zum Schutze schwangerer Arbeiterinnen nicht zur Verabschiedung! Nach dem Gesetzentwurf soll die Schwangere einen Monat vor und einen Monat nach der Geburt ihres Kindes der Arbeit fernbleiben, ohne daß diese Unterbrechung der Tätigkeit einen Grund zur Kündigung geben darf. Die Verzögerung der Verabschiedung des Gesetzes ist ein Skandal; denn gerade Frankreich hat ja den Schutz der Mutter und des Kindes bitter nötig. Ist doch die Geburtenzahl im Jahre 1908 noch weiter zurückgegangen als vorher!

Die russische Geheimpolizei in Paris. Paris, 12. Juli. Burzew hat dem Justizminister Briand einen Brief gesandt, welcher neue Anklagen gegen die russische Geheimpolizei in Paris enthält. Er hat, wie er sagt, keine offizielle Anklage eingereicht, weil es sich um ein System und nicht um eine Persönlichkeit handle. Burzew klagt die russische Geheimpolizei in Paris an, den Diebstahl von Geheimkorrespondenzen organisiert und in einem besonderen Bureau der hiesigen Botschaft ein schwarzes Kabinett unterhalten zu haben. Die russischen Beamten photographierten in diesem Bureau Briefe, welche sie französischen Beamten oder Pförtnern abgekauft oder dem Adressaten gestohlen hatten. Es wurden 5 Franken pro Brief und 4 Franken für jede Postkarte bezahlt. Dieses war der offizielle Tarif. Dieses System ist nicht allein bei den russischen Bürgern, sondern auch bei den französischen angewandt worden.

Persien.

Die Einmischung Rußlands. Teheran, 12. Juli. Täglich finden Gefechte statt, ohne jedoch großen Schaden anzurichten. Sapadars Hauptmacht soll bei Karatape nördlich von Karadj von einer großen Uebermacht auf drei Seiten umgeben sein. Die Rückzugslinie steht jedoch offen, da die Kosaken aus Furcht vor den angebrachten Minen es nicht wagen, vorzugehen.

Marokko.

Der Konflikt mit Spanien. Madrid, 12. Juli. Die spanische Artillerie eröffnete gestern wiederum das Feuer gegen den durch den Kaid Chaldy befehligten Feind. Die Verluste des Stammes sind bedeutend. Mehrere Kaids boten die Unterwerfung mit der Bitte um friedliche Beilegung des Konflikts an.

Barcelona, 12. Juli. Eine Brigade Infanterie ist an Bord von drei Transportschiffen nach Melilla abgegangen.

Kommunales.

Städtische Beamte und Arbeiter. Im Dresdener Stadtverordnetenkollegium wurde eine Erhöhung der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne beschlossen. Die Erhöhung der Beamtengehälter mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar wurde ohne Debatte, die viel minimalere Erhöhung der Arbeiterlöhne erst nach längerer Debatte, in der verschiedene bürgerliche Vertreter ihren ganzen sozialpolitischen Tiefstand offenbarten, beschlossen. Die Vorlage des Finanzausschusses war bei den Beamten noch wesentlich über den Ratsanschlag hinausgegangen, bei den Arbeitern hatte man sich nicht entschließen können, ihnen ebenfalls wie den Beamten, die Erhöhung rückwirkend vom 1. Januar an zu bewilligen. Dem energischen Eintreten unserer Stadtverordneten, denen überhaupt die Erhöhung der Arbeiterlöhne zu danken ist, gelang es dann wenigstens, eine Mark pro Woche vom Januar d. J. an für die städtischen Arbeiter herauszuschlagen. Dabei brachte es ein bürgerlicher Stadtverordneter namens Watzlich fertig zu sagen: „Man dürfe doch den Arbeiter nicht mit dem Beamten auf eine Stufe stellen.“ Die bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit bewilligte schließlich wohl die Erhöhung der Arbeiterlöhne, aber nicht die rückwirkende Kraft für die volle Erhöhung (zurzeit 2 Pfg. pro Stunde), sondern nur für eine Mark pro Woche für das verflossene Halbjahr seit 1. Januar für die voll gearbeiteten Wochen, während für die Beamten die volle rückwirkende Kraft beschlossen wurde.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Bielefeld, 13. Juli.

— **Die proletarische Jugend** trifft sich bei günstiger Witterung **morgen nachmittag 3 Uhr** zu gemeinsamem Ausflug bei Ummelmann, Dornbergerstraße.

— **Arbeiter-Jugend.** Freikarten für das Konzert am Sonnabend sind Marktstraße 8 abzuholen. — Gleichzeitig teilen wir mit, daß der Ausflug nach der Ravensburg erst im August stattfindet, damit die Fortbildungsschüler daran teilnehmen können. Am nächsten Sonntag findet dafür eine Wanderung nach Patthorst statt. Abmarsch präzise nachmittags 2½ Uhr von Ummelmann, Dornbergerstraße. Wir bitten die arbeitende Jugend, sich zahlreich einzufinden.

s. e. — **Turnerisches.** In der Monatsversammlung des Arbeiterturnvereins „Westfalia“, die am Sonnabend abend bei Holz stattfand, wurde neben den geschäftlichen Angelegenheiten des Vereins ein von Möllenbrock gestellter Antrag, der den Uebertritt des Vereins „Westfalia“ zur „Freien Turnerschaft“ verlangte, mit 26 gegen 4 Stimmen und zwei Stimmenthaltungen angenommen. Durch die Verschmelzung wird nicht nur die Zersplitterung, die leider bisher noch vorhanden war, aufgehoben, sondern es wird auch die Bahn frei für die eigentlichen und großen Aufgaben der Arbeiterturner, die auf dem Gebiete der Mithilfe in der Jugenderziehung liegen. Diese gewaltige kulturelle Arbeit kann nur durch große, von ihrer Aufgabe völlig erfüllten Vereinigungen gelöst werden. Daher begrüßen wir diesen Beschluß und hoffen, daß die Mitglieder des ehemaligen Vereins „Westfalia“ auch in der Zentralorganisation zum Besten der Arbeiterbewegung wirken werden.

— **Polizeibericht.** Diebstahl. Der Automobildiebstahl vom Sonntag, 11. Juli, in Salzuflen ist aufgeklärt. Der Dieb wurde in der Person des Hausdieners Wilhelm F. von hier ermittelt und festgenommen. Der Festgenommene gibt an, Mitbesitzer des Automobils zu sein.

Eingebrochen wurde in vergangener Nacht in das Kontor der Ofenröhrenfabrik der Firma St. in der Schildescherstraße. Den Dieben fiel nichts besonders Wertvolles in die Hände.

Schwindler. Seit Sonnabend, 10. d. M., hält sich in hiesiger Stadt ein ehemaliger Angestellter des Menagerie-Besitzers Hagenbeck auf, der die Geschäftsleute dadurch beschwindelt, daß er angibt, mit einem Transport Eisbären nach Hamburg unterwegs zu sein und Bestellungen auf Fleisch, Brot, Heu, Stroh usw. bei hiesigen Firmen aufgibt. Auch gibt er an, sein Reisegeld sei zur Neige gegangen und erschwindelt sich auf diese Weise Geldbeiträge. Der Mann ist von großer Figur, welcher auf der einen Seite etwas gelähmt ist. Sollte der Schwindler seine Manöver weiter ausführen, so wird um sofortige Benachrichtigung der Kriminalpolizei ersucht.

Eingeliefert wurden 5 Personen wegen Diebstahls, Bettelns, Trunkenheit und Obdachlosigkeit. 15 Obdachlose erhielten Unterkunft und Verpflegung.

— **In unserer Talsperre bei Olderdissen kann man häufig** Personen zum Gaudium der Passanten baden sehen. Auch gestern nachmittag waren wieder mehrere Schulknaben und auch schon der Schule entlassene junge Menschen in dem Wasser. Es werden diese Zeilen genügen, um die Behörde darauf hinzuweisen, daß sie Schritte unternimmt, um dieses für die Zukunft zu verhindern. Das Wasser wird durch das Herumwirtschaften nicht nur trübe, sondern schmutzig, und wirkt deshalb nicht einmal reinigend, sondern ist gesundheitsschädlich; auch dürfte sich der Platz an der Dornberger Chaussee kaum für ein Licht-, Luft- und Sonnenbad als recht schicklich erweisen.

— **Sommertheater Bielefeld.** Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Auf die heute stattfindende Premiere des reizenden militärischen Lustspiels „Liebesmanöver" von Kurt Kraatz und Frhr. v. Schlicht sei hierdurch nochmals besonders hingewiesen. — Mittwoch abend wird die bei ihrer Erstaufführung mit starkem Beifall aufgenommene Komödie „Der Teufel" von Franz Molnár zum erstenmal wiederholt. — Allen literarischen Theaterfreunden sei diese äußerst interessante, literarisch beste Komödie der letzten Jahre nochmals besonders empfohlen.

Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrück.

Morgen, Mittwoch, 14. Juli, abends 6½ Uhr,
Vertrauensmänner-Sitzung
im Restaurant „Stadt Bielefeld". Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Verein für Schaumburg-Lippe.

Sonntag, 15. August, nachmittags 2 Uhr, bei Lorenz, „Schamburger Hof":

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes.
2. Agitation und Presse.
3. Stellungnahme zum Parteitag in Leipzig.
4. Stellungnahme zum Bezirksparteitag.
5. Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren.
6. Verschiedenes.

Die Delegierten sind nach § 20 des Statuts zu wählen.

Der Vorstand

„Christliche" am Pranger.

In einer Versammlung in Duisburg hatten Mitglieder des christlich-nationalen Deutschen Gärtnerverbandes, dessen geistiger Leiter Franz Behrens ist, gegenüber den anwesenden Kollegen des freien Allgemeinen deutschen Gärtnerverbandes behauptet, der Hauptvorstand desselben hätte aus der Kasse 200 Mark entwendet und der Bezirksleiter K. Linke-Düsseldorf hätte damit eine Hochzeitsreise gemacht. Erst versuchten die Verleumder, ihre Aussage zu bestreiten, um dann gleich hinterher zu erklären, sie würden den Wahrheitsbeweis für ihre Behauptung erbringen. Da dies an Gerichtsstelle nicht gelang, und da Linke weder 200 Mark erhalten noch eine Hochzeitsreise gemacht hatte, wurden die „Christen" Städling, Zachen und Crämer zu je 30 Mark eventuell 3 Tagen Haft und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

An diesem Falle ist wieder einmal drastisch bewiesen, in wie ordinärer Weise „Christen" mit der Ehre ihres Nächsten umspringen. Der katholische Dr. Sigl wußte sie richtig einzuschätzen, als er sagte: Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip.

---

* **Brackwede,** 12. Juli. Umständehalber findet die Gesangstunde des Gesangvereins „Einigkeit" und des „Brocker Männerchors" Mittwoch abend statt.

* **Spenge,** 12. Juli. Die Mitglieder des Soz. Vereins werden daran erinnert, daß die Beiträge bis zum 15. dieses Monats an den Kassier behufs Fertigstellung der Abrechnung entrichtet werden müssen. Derselbe nimmt die Beiträge abends nach 9 Uhr in seiner Wohnung entgegen.

e. **Detmold,** 11. Juli. Oeffentliche Anfrage. Die Mitglieder der Allg. Ortskrankenkasse für die versicherungspflichtigen Arbeiter des Amts Detmold warten seit einem halben Jahre auf die Einberufung der im März fälligen Generalversammlung. Vor kurzem nun erließ der Rechnungsführer in den hiesigen Zeitungen namens des Vorstandes eine Bekanntmachung, wonach wegen Erkrankung des Vorsitzenden erst in späterer Zeit die Generalversammlung stattfände. Wir erlauben uns deshalb folgende Fragen: Wenn der Vorsitzende nicht wieder besser wird, findet dann keine Generalversammlung statt? Weshalb sind die Funktionen des Vorsitzenden nicht dessem Stellvertreter übertragen, und weshalb ist die Generalversammlung, wie es das Statut verlangt, im März nicht einberufen worden? Um Antwort wird gebeten.

e. **Detmold,** 12. Juli. Statistisches. Einer im Amtsblatt veröffentlichten Uebersicht über die Zahl der Eheschließungen, Geburten und Todesfälle in Lippe im Jahre 1908 sei folgendes entnommen: Es sind verzeichnet 1287 Eheschließungen; geboren wurden 4822 Kinder (2466 Knaben, 2356 Mädchen); Todesfälle kamen 2409 vor. Die Eheschließungen in den einzelnen Monaten schwanken bedeutend. Im Dezember sind die meisten Ehen geschlossen worden: 260, dann folgt der Januar mit 212; die wenigsten Ehen — 29 — wurden geschlossen im August. Das Alter der Eheschließenden war sehr unterschiedlich. Die jüngste Frau zählte 16 Jahre, der jüngste Ehemann 20. Im Alter von über 60 Jahren heirateten mehr als ein Dutzend Männer und Frauen. Nach dem Religionsbekenntnis schieden sich die Ehen in 1230 evangelische, 26 katholische, 2 anderen christlichen Bekenntnisses, 3 israelitische, 26 Mischehen (10 evangelische Männer mit katholischen Frauen, 14 katholische Männer mit evangelischen Frauen, 1 Mann anderen christlichen Bekenntnisses mit evangelischer Frau). Der Ueberschuß der Geborenen über die Gestorbenen betrug 2413 Personen. Von den Gestorbenen waren 9 über 91 Jahre alt.

* **Lemgo,** 11. Juli. Ein unangenehmer Nachklang zu der Ausstellung des Lippischen Handwerkerbundes. Unter dieser Spitzmarke brachten wir in Nr. 153 einen Bericht. Wie uns nun der Vorstand des Lippischen Handwerkerbundes in einem Schreiben mitteilt, sind darin aufgestellte Behauptungen unrichtig. Der Vorstand schreibt: „Dem Vorsitzenden Herrn Kuhlmann war vom Vorstand des Handwerkerbundes der Vertrieb der Lose übertragen worden. Die hierfür eingegangenen Beträge hat Herr Kuhlmann mit Wissen des Vorstandes in Verwahrung genommen und nachher bis zum Tage der Ablieferung mit 4 Prozent verzinst. Vom Verdachtschöpfen kann daher keine Rede sein, der Vorstand war genau über den Verbleib des Geldes unterrichtet. Die ganze Rederei ist dadurch entstanden, daß Herr Kuhlmann, als die Rechnungsprüfungskommission zusammentrat, nicht gleich das Geld abliefern konnte, weil auch noch nicht alles eingegangen war, sich hierzu einige Tage Frist ausbitten mußte. Er hat dann bald den ganzen Betrag mit Zinsen dem Kassierer des Bundes bezahlt, obwohl bis heute noch nicht alles Losegeld eingegangen ist. Herr Kuhlmann hat noch einen Loseabnehmer auf seine Rechnung und Gefahr wegen nichtbezahlter Lose verklagen müssen, ein anderer Loseabnehmer ist, ohne zu zahlen, durchgebrannt. Der Bund, und das sei hier ganz besonders hervorgehoben, hat also nicht den geringsten Schaden erlitten. Außerdem ist Herr Kuhlmann nicht gezwungen worden, sein Amt als Vorsitzender niederzulegen, sondern er hat vielmehr auf eine Anfrage hin erklärt, daß er den Vorsitz des Handwerkerbundes nicht wieder übernehmen würde. Dieses zur Feststellung der Wahrheit."

* **Blotho,** 12. Juli. In der Eselswiese der „Blothoer Ztg." veröffentlicht jemand einen Artikel zur Wasserleitungsfrage, der überschrieben ist: „Voluntas regis suprema lex." Der Einsender hat jedenfalls geglaubt, den Blothoern etwas zum Raten aufgeben zu müssen, als er dieses lateinische Zitat an die Spitze setzte, wo es obendrein ohne jeden Sinn und Zusammenhang steht. Wer ist denn der König, dessen Wille in Blotho oberstes Gesetz ist? Etwa der Amtmann? Doch wohl kaum, denn das Projekt, eine Wasserleitung zu bauen, ist doch mit 6 Stimmen (bei 3 Stimmenthaltungen) ohne Widerspruch von den Stadtverordneten angenommen worden. Es wird dann noch an verschiedentlich bei städtischen Anlagen vorgekommenen Fehlern und Unregelmäßigkeiten herumgenörgelt, und gleiches auch für die Wasserleitung vorausgesetzt. Dem ist ja abzuhelfen. Der kenntnisreiche, gelehrte (siehe Zitat), erfahrene und vorsichtige Einsender des Artikels ist ja unser Mitbürger, also heraus mit den Namen, den Mann an die richtige Stelle, und alles wird klappen. Derselbe Widerwille, wie jetzt gegen die Wasserleitung war auch da, als die Gasanstalt gebaut wurde, ebenso beim Schlachthause und beim Schulbau — er war und ist immer da. Es ist die Abneigung gewisser Bürgerkreise gegen das Neue, gegen den Fortschritt. Hätte sich diese Energie bei den Wahlen zum Reichs- und Landtag auch gezeigt, dann wäre den Junkern und Junkergenossen das Heft längst aus den Händen gerissen worden. Diese konnten dann nicht mehr das Volk ausplündern und die Tabakindustrie hätte den Schlag, den sie von dem Schnapsblock jetzt erhalten hat, nicht erlitten. Dazu auch ein Zitat: Hic rhodus, hic salta!

* **Blotho,** 12. Juli. Sonnabend früh hat man die Leiche des jungen Klaus an der Fähre aus der Weser gezogen. Ob wohl bei dessen Beerdigung die Geistlichkeit wieder ihre Begleitung verweigern wird, wie bei dem am Freitag beerdigten Noltensmeyer? Da ist alles mögliche versucht worden, den Pastor L. zu bewegen, mitzugehen; selbst der Fabrikant des N., Herr Tintelnot, hatte sich ins Mittel gelegt, es half aber alles nichts. — Richtig wäre es, auf das Mitgehen des Pfarrers, noch dazu wenn er es nicht aus freien Stücken tut, kein so großes Gewicht zu legen. Der arme Erdensohn wird auch ohnedies zu seiner letzten Ruhe gelangen.

s. e. **Minden,** 12. Juli. Zum ersten Male, seitdem die moderne Gewerkschaftsbewegung in hiesiger Stadt und der näheren Umgebung ihren Einzug gehalten hat, haben die dem Kartell angeschlossenen freien Organisationen ein Gewerkschaftsfest gefeiert. Das anhaltende Regenwetter der vorigen Woche ließ zwar barge Zweifel ob des Gelingens des Festes aufsteigen, doch Jupiter Pluvius hatte Einsehen. Als am Sonntag nachmittag gegen ½4 Uhr der imposante Zug der freien Gewerkschaftler Mindens — 1200 Personen sind nicht zu hoch geschätzt — sich in Bewegung setzte, unter Mitführung einiger Zunftfahnen aus den 40er und 50er Jahren, sowie einigen anderen Fahnen, da konnte man selbst aus bürgerlichem Munde hören, daß man nie geglaubt habe, daß die Mindener Arbeiterschaft derartiges auszuführen imstande sei. Der Festzug endete im herrlichen „Rosental", dem Festlokale. Hier entwickelte sich bald ein festlich frohes Treiben, das den Charakter eines wahren Volksfestes trug. Während im Garten ein starkes Orchester konzertierte und Alt und Jung sich amüsierte, wurde im Riesensaale des Etablissements bis um 12 Uhr das Tanzbein geschwungen. Die Darbietungen der Gesangvereine und des Arbeiterturnvereins, die ihr bestes Können in den Dienst der Sache stellten, fanden den verdienten Beifall bei den zirka 4000 Festteilnehmern. Auch für die Kleinen war gesorgt: Kinderspiele, Beschenkung mit Fackeln und sonstigen Dingen, die ein Kind erfreuen, rief immer neuen Jubel unter ihnen hervor. Abends wurde ein Feuerwerk veranstaltet. Alles in allem ist das Fest gut verlaufen und es kann wohl gesagt werden, daß damit gleichzeitig ein Stück Agitationsarbeit geleistet wurde. Dem Wirt des Festlokals für die Bereitwilligkeit, mit der er uns sein Lokal zur Verfügung stellte, sei auch an dieser Stelle gedankt.

* **Stadthagen,** 12. Juli. Bürgervorsteherwahlen. Parteigenossen und Bürger von Stadthagen! In wenigen Tagen, am 15., 16. und 17. Juli liegen die Wählerlisten zu den im Herbst stattfindenden Bürgervorsteherwahlen aus. Es versäume daher niemand, die Liste nachzusehen, ob sein Name in derselben verzeichnet ist, denn nur der kann sein Wahlrecht ausüben, dessen Name in der Liste steht.

* **Hamm,** 10. Juli. Die Spenden für die Radbod-Hinterbliebenen. Das Zentralhilfskomitee für die Hinterbliebenen der auf der Zeche Radbod Verunglückten veröffentlicht im „Reichsanzeiger" ein Verzeichnis der Spenden. Im ganzen sind 1 682 552 Mark gespendet worden. Diese Summe setzt sich aus folgenden Sammlungen zusammen: 1. Eingänge beim Zentralhilfskomitee 521 790 Mark (darunter 18 960,91 Mark der Sammlung des „Münst. Anzeig."); 2. der Ertrag der von einem Kölner Zeitungsverlag mit dem A. Schaaffhausenschen Bankverein in Köln veranstalteten Sammlung 269 118 Mark, wovon 50 952 Mark bei der Bergwerksgesellschaft Trier in Hamm eingegangen sind; 3. vom Orishilfskomitee in Hamm 25 925 Mark zur Weihnachtsspende und außerdem 541 605 Mark; 4. aus der Sammlung des Ehrenamtmanns Frhrn. v. Twickel-Ermelinghof 22 700 Mark; 5. der Ertrag der Sammlungen der westfälischen Vaterländischen Frauenvereine, des Provinzialvereins vom Roten Kreuz und des Zentralkomitees des Roten Kreuzes 301 414 Mark.

* **Gelsenkirchen,** 12. Juli. Auf der Zeche „Unser Fritz" wurden zwei Bergleute durch herabfallendes Gestein erschlagen.

* **Essen,** 12. Juli. Auf der Zeche „Carolus Magnus" bei Bergeborbeck entstand Feuer, durch das zwei Bergleute abgeschnitten wurden. Die Rettungs- und Löscharbeiten wurden eifrig betrieben und es gelang, des Feuers Herr zu werden, doch wurden die eingeschlossenen Bergleute tot aufgefunden.

Vermischtes.

Unglücksfälle beim Militär. Köln, 12. Juli. Bei dem in Elsenborn übenden Husaren-Regiment Nr. 7 ereigneten sich zwei schwere Unfälle. Ein Husar schoß einem anderen eine Platzpatrone in den Kopf, wodurch der Tod des unglücklichen Soldaten herbeigeführt wurde. Einem anderen Husaren, der seine Hand über der Mündung des Karabiners gelegt hatte, wurde diese von dem losgehenden Schusse durchbohrt.

Ein blutiger Zwischenfall. Frankfurt a. M., 12. Juli. Zu einem blutigen Zwischenfall kam es gestern abend in Mutterstadt. Bei einer Zusammenkunft von Interessenten der in Konkurs geratenen Konsumvereinigung entstanden Meinungsverschiedenheiten, in deren Verlauf der frühere Lagerhalter des Vereins Peter Becker aus einem Revolver mehrere scharfe Schüsse auf die Versammlung abgab. Der 20jährige Johann Diefenbach wurde lebensgefährlich verletzt. Ein zweiter Versammlungsteilnehmer erhielt einen Streifschuß.

Selbstmord. Frankfurt a. M., 12. Juli. In Friedberg (Oberhessen) hat sich gestern der Bezirkshauptmann Friedrich von Münckwitz in seiner dortigen Wohnung erschossen. Das Motiv ist unbekannt.

Zwei tapfere Ritter. Aus Mainz wird der „Frankf. Kl. Presse" geschrieben: Zwei Dragoner haben sich in der Sonnabend Nacht sehr unmännlich und unschlüssig gezeigt. Gestern spät am Abend traf ein Mädchen mit der Bahn von Wiesbaden hier ein. Zwei Dragoner schlossen sich dem Mädchen an. Das Mädchen erzählte, daß es ein Verhältnis mit einem Infanteristen vom 80. Regiment in Wiesbaden gehabt, daß es sich aber am Nachmittag mit ihm verfeindet habe und sich nun das Leben nehmen werde; es werde ins Wasser gehen. Die Dragoner gingen mit der Lebensmüden nach dem Rhein, sie hatten zwar soviel Einsicht, daß sie dem Mädchen vorstellten, seinen Vorsatz nicht auszuführen. Am Rheinufer aber, als das Mädchen seinen Sonnenschirm niederlegte und ins Wasser sprang, wurde es von den Dragonern nicht daran gehindert. Die Lebensmüde versank in den Fluten. Dann nahmen die Dragoner den Schirm des Mädchens, brachten ihn „ordnungsmäßig" auf die nächste Polizeistation und — erzählten, was sie gesehen hatten.

Hochwasser. Karlsruhe, 12. Juli. Die Hochwassernachrichten aus dem Lande mehren sich in bedenklicher Weise. Bei Maxau zeigte der Rheinpegel gestern 6,66 Meter. Er ist gestern um 25 Zentimeter gestiegen und zeigt noch immer steigende Tendenz. Die Wasserwehr wird alle zwei Stunden abgelöst. Die Weschnitz ist zum reißenden Strom angeschwollen und überschwemmt die vom letzten Hochwasser kaum erholten Distrikte. Auch der Neckar führt Hochwasser. Aus Kehl wird gemeldet, daß der Wasserstand sehr bedenkliche Dimensionen annehme. Die Kinzig nimmt ihren Weg über Wiesen, Aecker und Straßen. Auch aus dem Oberlande werden große Wasserverheerungen gemeldet. Der Bau des Kraftwerkes bei Augst-Whylen ist vom Hochwasser bedroht.

Trier, 12. Juli. Infolge heftiger Regengüsse überflutet die Mosel ihre Ufer.

Beliebte Selbstmordecke. Plauen, 12. Juli. Wie die „Neue Vogtländische Zeitung" meldet, ist heute nacht wiederum eine weibliche Person — es ist dies innerhalb vier Jahren die neunte — von der 80 Meter hohen Friedrich-August-Brücke gesprungen und wäre beinahe einem unten gehenden Passanten auf den Kopf gefallen. Die Unglückliche, die mit dem Gesichte aufschlug und dadurch unkenntlich wurde, ist noch nicht identifiziert. Sie war sofort tot.

Der Engel des Herzogs. Gmunden, 12. Juli. Hier ereignete sich heute ein Zusammenstoß zwischen einem Automobil, in welchem der Herzog von Cumberland saß, und der Equipage des Don Alfonso von Bourbon infolge des Scheuwerdens der Pferde. Die Situation war für beide Insassen äußerst gefährlich. Herzog Alfonso konnte sich nur durch einen Sprung aus dem Wagen retten. Er blieb ebenso wie der Herzog von Cumberland unverletzt. Der Kutscher der Equipage erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

Durch Explosion schwer verletzt. Biedenkopf, 12. Juli. Auf der Grube „Storch und Schöneberg" im Siegerlande sind zwei Bergleute, die beim Bohren auf einen sogen. alten Schuß kamen, durch Explosion schwer verletzt worden.

Aus Eifersucht. München, 12. Juli. In einem Vorort hat gestern der Tagelöhner Kobler einen anderen Tagelöhner, den er bei seiner Geliebten fand, durch Messerstiche getötet, ohne in der Dunkelheit zu erkennen, mit wem er es zu tun hatte. Später stellte es sich heraus, daß Kobler seinen besten Freund getötet hatte.

Im Wahnsinn. Salzburg, 12. Juli. Der 60jährige Hausbesitzer und Privatier Franz Hofer erschoß am Sonntag im Wahnsinn seine Frau und drei Kinder im Alter von 13 bis 18 Jahren mit seinem Jagdgewehr und erhängte sich dann selbst. Mit seinem 18jährigen Sohne Karl hatte er einen verzweifelten Kampf gehabt und ihn schließlich durch den Rücken geschossen.

Keine Grubenkatastrophe. Brüssel, 12. Juli. Die „Agence Fournier" in Paris berichtet weiter über die Grubenkatastrophe bei Cordova, daß die geretteten Opfer sich in einem hoffnungslosen Zustande befinden. Es seien bis jetzt 17 Leichen geborgen worden; die Rettungsarbeiten würden mit großer Sorgfalt ausgeführt. Die Katastrophe soll infolge Einsturzes mehrerer Stollen entstanden sein. Dagegen veröffentlicht die Brüsseler „Independence Belge" in ihrer heutigen Abendausgabe folgendes Telegramm aus Madrid: Man hält hier die Pariser Meldung von einer Explosion schlagender Wetter in einer Kohlengrube bei Cordova, bei welcher 750 Bergleute verschüttet sein sollen, für erfunden. Die Madrider Blätter wissen wenigstens nichts von einer auch nur ähnlichen Katastrophe zu berichten.

Erdbeben. Sidney, 12. Juli. In Neubritannien und im Bismarckarchipel haben sich heute Erdbeben bemerkbar gemacht.

Letzte Nachrichten.

Rom, 13. Juli. In Gamzano trug sich gestern eine fürchterliche Tragödie zu. Ein von einem jungen Mädchen abgewiesener Bursche lauerte in Begleitung seines Bruders, mit Dolchen bewaffnet, den beiden Brüdern des Mädchens auf und stach sie nieder. Die Angegriffenen gaben Revolverschüsse ab, durch die zwei Personen getötet und mehrere verwundet wurden. — Im Rom erschoß gestern ein Mechaniker seine ungetreue Frau und dann sich selbst.

Lüttich, 13. Juli. Im Bahnhof von Verviers fuhr gestern ein von Lüttich kommender Personenzug mit solcher Wucht gegen den Prellbock, daß 52 Reisende, darunter einige schwer, verletzt wurden.

Newyork, 13. Juli. Goodale, ein 20jähriger amerikanischer Aeronaut, überflog gestern mit seinem Lenkballon den Hudsonstrom in einer Höhe von 1500 Fuß. Er kehrte nach dem zehn Meilen langen Flug nach Newyersei zurück. Der Flug erregt in der Stadt großes Aufsehen. Der Aeronaut erklärte, er werde demnächst den Versuch machen, den Weitflug Zeppelins zu übertreffen

---

Briefkasten der Redaktion.

Nach Werther. Wir bitten um genaue Angabe der Nummer der Zeitung, in der Sie das Berichtete gelesen haben.

B. 999. Alimente können von jedem Verdienst abgehalten werden.

Abonnent 100. Wenn Sie einen Offenbarungseid nicht leisten, kann Ihr Gegner einen Haftbefehl gegen Sie herbeiführen. Er muß jedoch die Kosten für die Haft tragen. Diese dauert so lange, wie das Geld reicht, das Ihr Gegner hinterlegt hat.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, für den Inseratenteil: Wilhelm Böttcher, beide in Bielefeld.

Standesamts-Nachrichten.

Herford Stadt. Nachrichten vom 5. bis 10. Juli:

Geburten: Knaben: Handelsmann August Altrogge, Fabrikarbeiter Johann Gronemeier, Kaufmann Christian Röckemann, Konditor Heinrich Wehmeier, Knecht Karl Bertram, Fabrikarbeiter Friedrich Fleer, Kolon Heinrich Wulfmeyer, Müller August Tilker.

Mädchen: Tischler August Tiller, Tischler Gustav Heidbrink, Teppichweber Heinrich Dodt, Lehrer Heinrich Möller, Gasarbeiter Ferdinand Holäufer, Eisendreher Friedrich Gräber, Dekorateur Heinrich Tunhoff, Kaufmann Georg Süverin, Fabrikarbeiter Wilhelm Klemme, Schlosser Friedrich Wolter. Ferner 1 uneheliches.

Aufgebote: Arbeiter Willi Borchhardt und Selma Müller; Schlossermeister August Buchholz und Auguste Stickdorn; Unternehmer Friedrich Strunck und Martha Buchholz; Teppichweber Gustav Culmann und Marie Hempelmann; Landwirt August Berg und Auguste Oertmann; Schlosser Hermann Held und Marie Bültmann; Oberlehrer Dr. Albert Ernst Heinrich Gottlieb Römermann und Lisette Anna Ines Helene Brülloph; Musiker Laurenz Störcher und Irene Grabenstein; Fabrikant Friedrich Heinrich Wilhelm Gelhaus und Luise Elise Altenbernd.

Eheschließungen: Artist Ludwig Lemoine und Ottilie Parpalioni; Bahnarbeiter August Gronemeier und Johanne Vollmer; Kutscher Heinrich Lindkämper und Johanne Riemann.

Sterbefälle: Johanne Tilker, 22 Std.; Erich Gronemeier, 3 T.; Bäckermstr. Jul. Richter, 61 J.; Ehefrau Johanne Strodtbäumer, 31 J.; Ehefrau Elisabeth Pohlmann, 48 J.; Robert Redecker, 29 J.; Gastwirt Hermann Geilker, 47 J.; Ehefrau Luise Eickmeier, 73 J.

* * *

Amt Enger. Vom 25. Juni bis 1. Juli.

Geburten: Söhne: Zigarrenarbeiter Heinrich Seyer, gen. Korte, Herringhausen; Zigarrenarbeiter Friedrich Keßler, Enger; Verwaltungsbeamter Heinrich Friedrichs, Hamborn-Rheinland; Zigarrenarbeiter Heinrich Vogt, Pödinghausen.

Töchter: Zigarrenarbeiter Heinr. Oberbrinkmann, Herringhausen; Witwe Anna Marie Hermine Halemeier, geb. Scheele, Westerenger; Tischler Heinrich Kuhlmann, Herringhausen.

Aufgebote: Zigarrenarbeiter August Vogelsang, Herringhausen, und Zigarrenarbeiterin Friederike Brinkmann, Herringhausen.

Eheschließungen: Handarbeiter Karl Middelmann, Enger, und Näherin Luise Kreft, gen. Berten, Greßbrink, Gemeinde Laar, Nr. 1.

Sterbefälle: Frida Mumme, Enger, 2 Mon.; Wegewärter Hermann Heinrich Brünger, Dreyen, 58 J.; Hilde Beiderwieden, Westerenger, 3 Monate.

Amt Enger. Vom 2. bis 8. Juli.

Geburten: Töchter: Tischler Heinrich Meyer, Enger; Zigarrenarbeiter Hermann Nottelmann, Herringhausen.

Sterbefälle: Kolon Hermann Heinrich Große-Heimfath, Besenkamp, 70 Jahre

* * *

Minden. Vom 27. Juni bis 3. Juli:

Geburten: Söhne: Schlachtermstr. Albert Schwiering; Eisenbahnassistent Brinkmann; Kutscher Neumann.

Töchter: Fuhrmann Gleitz; Zigarrenmacher Beining; Postbote Riechmann; Sanitätsfeldwebel Weser.

Aufgebote: Vizefeldwebel Kerwitz in Minden mit Elisabeth Franziska Hedwig Baljé in Waren; Buchdrucker Stremming in Hannover mit Karoline Bollmann in Barkhausen; Sergeant Scharpe in Minden mit Martha Philippine Amalie Brenneke in Oberntirchen; Leutnant Koch in Minden mit Margarete Kipper in Remscheid; Geschäftsreisender Hoffmann in Hannover mit Elsa Marga Christine Julie Volkmann in Lübeck; Gutsbesitzer Düwelhenke in Belle mit Martha Menke in Minden; Lehrer Reinking in Fabbenstedt mit Emma Hahne in Minden; Metalldreher Oppel mit Ottilie Meier in Minden.

Eheschließung: Packer Sporer mit Maria Eich in Minden.

Sterbefälle: Witwe des Pfarrers Nolting, geborene Jakob, 85 J. 4 Mon.; Witwe des Lokomotivführers Engelling, geborene Luhmann, 76 J.; Sohn des Fabrikbesitzers Leonhardi, 11 J. 2 Mon.; Witwe des Bankdirektors Ziegler, geb. Skrzeczka, 71 J. 4 Mon.; Ehefrau des Gemüsehändlers Thiele, geb. Ruppelt, 76 J. 6 Mon.

Herford.

Tagesordnung

für die am

Donnerstag, den 15. Juli 1909, nachmittags 3 Uhr, stattfindende

Stadtverordneten-Sitzung.

1. Mitteilungen.
2. Beantwortung der Erinnerungen zu den Rechnungen
   a) der Kasse für den Erweiterungsbau der Schulen Diebrockerstraße, Friedenstal und Elverdisserstraße,
   b) der Kasse der Stadtschulen.
3. Vorlagen betr.:
   a) Aenderung des Fluchtlinienplanes für die D-L-Straße (Salzuflerstraße gegenüber der Langenbergstraße),
   b) Ergänzung des Titels A Ziffer 5 und 6 Abschnitt VI des Haupt-Haushaltsplans durch 1830 Mk. aus XII 2.
   c) Genehmigung einer Abänderung des zwischen der Stadt und dem Kaufmann Herzfeld abzuschließenden Vergleiches.
   d) Bewilligung von 775 Mk. aus XII 2 zur Erweiterung der Brücke in der Friedhofstraße.

Herford, den 8. Juli 1909.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.
Lücken.

Sommertheater.
(Brinkhoffs Tonhalle.)
Dienstag, d. 13. Juli, Anf. 8½ Uhr: Zum 1. Male.
Größter Heiterkeitserfolg!
Liebesmanöver.
Militärisches Lustspiel in 3 Aufzügen von C. Kraatz und Frhr. v. Schlicht.
Mittwoch, d. 14. Juli, Anf. 8½ Uhr:
Bei der Erstaufführung bedeutender Erfolg!
Der Teufel.
Ein Spiel in 3 Akten von Franz Molnár.

Former-,
Zimmerer-,
Steinsetzer-,
Dachdecker-
Hosen
in unerreichter Qualität
:: und Ausarbeitung. ::
Nur eigene Fabrikate.
3808
M. Mosberg
Jöllenbeckerstr. 5.

Technikum Lemgo i. L. 3889
Bau-, Landbau-, höhere u. mittlere Maschinenbau-, Ziegler-, Heizer-, Elektroschule. Satzung kostenfr. Beginn Anf. Nov. Vorunterr. Anf. Okt.

Spezialnummer des
Simplicissimus
„Junker"
Preis 30 Pfg.
in der **Buchhandlung „Volkswacht"** zu haben.

An **Hautkrankheiten, Pickel, Kopfausschlag, Flechten, offene Beine** Leidende erhalten Rat, wie sie schnell u. gründlich von ihren Leiden befreit werden. **Möller, Herforderstr.,** neben Stadtheiderschule. 3565

Buchdruckerei Volkswacht
Schulstr. 20
Familiendrucksachen:
Verlobungskarten
Hochzeitseinladungen
Trauerbriefe etc.
Vereinsdrucksachen:
Mitgliedskarten
Eintrittskarten
Plakate, Statuten etc.
Saub. Ausführung. Zivile Preise



Ia. Schollen (1—2pfündige)	Pfd.	22	Pfg.
Brat-Schellfisch	„	15	„
Ia. Cabliau im Anschnitt .	„	22	„
Ia. Seelachs im Anschnitt	„	20	„

Niederstr. 12. **„Nordsee"** Niederstr. 12.
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft.

Bestbewährte **gesunde** und **magen-darmkranke** **Kinder-nahrung** **KufeKe** -Krankenkost Nahrung für: sowie schwächliche, in der Entwicklung zurückgebliebene **Kinder.** 3118

Sanitätsrat Dr. med. Bilfinger
schreibt:
„Kalobion-Kaffee schmeckt gut und ist sehr empfehlenswert!"
Kalobion-Nährsalz-Kaffee
bester billigster Ersatz für Bohnenkaffee
von wunderbar blutreinigender und blutbildender Wirkung.
1 Pfd. 45 Pfg.
Man verlange nur: 3391*
Marke Kalobion.
Erhältlich in sämtlichen einschlägigen Geschäften.

Brackwede. Brackwede.
Den geehrten Bewohnern von Brackwede und Umgegend mache hiermit bekannt, daß ich neben meinem langjährigen Fahrrad- und Nähmaschinen-Geschäft und Reparatur-Werkstatt eine
Bau- und Maschinen-Schlosserei
eröffnet habe, und bitte, das mir bisher geschenkte Vertrauen auch auf dieses Unternehmen übertragen zu wollen. 3807
Hochachtend!
Herm. Dickmann, Kaiserstraße 101.

Künstliche Zähne
mit und ohne Gaumenplatte. 3691
Plombieren und Zahnoperationen schmerzlos.
Behandlung von Krankenkassen-Mitgliedern.
F. W. Möller, prakt. Zahnt. Herforderstr., neb. der Stadtheiderschule.
Reparatur z. Warten
Mässige Preise | Bequeme Zahlung

Trauer-Briefe mit Couverts liefert Buchdruckerei „Volkswacht".

Kleine Anzeigen-Ecke.

Jedes Wort kostet nur 2 Pfg., in der fetten Ueberschrift 10 Pfg. ✱ Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.
Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorausbezahlung angenommen.

Butter-Zwieback.

Kochherde,
weiß und schwarz emailliert, wenig gebraucht, in enorm großer Auswahl, sollen räumungshalber zu jedem nur annehmbaren Preise verkauft werden. Teilzahlung gestattet. Adolf Heine, Ritterstraße 57. 3569

Oefen,
Kochherde und Küchengeräte liefert billigst Beckord & Lohmann, Gütersloherstraße 58a. [3804

Wiebrock.
Haltet Umfrage, ob der nicht das Beste in Heringen liefert. Ein Versuch genügt zu den neuen Kartoffeln. Dtzd. 55 Pfg. 3664

Wiebrock
seine marinierten Heringe sind und bleiben die besten, das ist Stadtgespräch. 3667

3566*] **Wiebrock.**
Limburger durchgebrannt, der schmeckt wirklich sehr pikant bei Wiebrock, Heeper- und Kaiserstraßen-Ecke.

Wiebrock
seine Parole heißt: großer Umsatz, wenig Nutzen, bringt mir und den Konsumenten Nutzen. Schokolade, die bei andern 2 Tafel 10 Pfg. kostet, hier 3 Tafel 10 Pfg. 3668

Käse-Wiebrock.
Wenn der nicht wär, wer lieferte wohl 5 Stück Harzkäse für 10 Pfg. noch mehr. 3665

Wiebrock 5½
neue Kartoffeln. 3809

Ladeneinrichtung
mit Gasofen, guterhalten, gebe billig ab. Wellmann, Notpfortenstr. [3815

Hahn,
(Kücken) weißer, Beine und Schnabel gelb, entlaufen. Wiederbringer erhält gute Belohnung. Sieker 51, Schäfersche Besitzung. [3803*

Butter-Zwieback.

Wohnung, [3810*
4 Räume, mit Stall und Land, zum 1. Oktober zu vermieten. Detmolderstraße 292, neben Augustastift.

Abgeschlossene
Wohnung von 4 Räumen mit Zubehör zum 1. Oktober zu vermieten. Näheres Blumenstr. 24. [3806*

Wohnung,
2 freundliche Räume, zum 1. Oktober zu vermieten. Klosterstr. 3. 3814*

Wohnung
von 3 Räumen, abgeschlossen, zu vermieten. Spindelstr. 54. 3813*

Butter-Zwieback. 3805*

50 Mark Belohnung
zahle ich demjenigen, welcher mir nachweist, daß ich den Artikel über den Queller Kriegerverein geschrieben oder dabei geholfen habe. Aug. Baumann, Schuhmachermstr. [3812*

Buchhandlung „Volkswacht", Bielefeld,
Schulstraße 20.

Wir empfehlen unsern Lesern zur Anschaffung folgende

Klassiker-Ausgaben

in sauberer Ausstattung und geschmackvollen Einbänden.

Adelbert von Chamissos Werke.
Friedrich Rückerts Werke. Zusammen 2 Bände.
Goethes Meisterwerke. 2 Bände.
Hauffs Werke. 2 Bände.
Heinrich Heines Werke. 2 Bände.
Shakespeares Werke. 2 Bände.
Schillers Werke. 2 Bände.
Uhlands Werke.
Körners Werke. Zusammen 2 Bände.
Eichendorffs Werke.
Lessings Werke. Zusammen 2 Bände.
Kleists Werke.
Grillparzers Werke. Zusammen 2 Bände.

Preis (2 Bde.) 3 Mk.

Friedrich Gerstäckers Werke. 2 Bände.
Fritz Reuters Werke. 2 Bände.
Ferdinand Freiligraths Werke. 2 Bände.
Hackländers Werke. 2 Bände.

Preis (2 Bde.) 350 Mk.

(Durch Boten ins Haus gebracht 10 Pfg. mehr, nach auswärts Porto und Verpackung 1. Zone 35 Pfg., 2. Zone 60 Pfg. gegen Voreinsendung des Betrages.)

Todes-Anzeige.

Am Sonntag morgen 5½ Uhr starb plötzlich und unerwartet meine inniggeliebte Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Luise Brockmeyer
geb. Branding 3817*

im Alter von 28 Jahren.

Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme tiefbetrübt an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, 14. d. M., 3½ Uhr nachmittags, vom Trauerhause, Schmiedestr. 14, aus statt.

Nachruf!

Am Sonntag morgen 5½ Uhr entschlief plötzlich unser Mitglied 3816

Frau Luise Brockmeyer

im Alter von 28 Jahren. — Wir werden ihr Andenken in Ehren halten. —

Sozialdemokrat. Verein Bielefeld-Wiedenbrück
Ortsgruppe Bielefeld.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 3½ Uhr, vom Trauerhause, Schmiedestraße 14, aus statt.

Nachruf.

Am Sonnabend, den 10. Juli, starb, nach kurzem Leiden unser treues Mitglied, der Dreher

Wilhelm Bong

im Alter von 38 Jahren. 3811

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

Die Ortsverwaltung Bielefeld des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Nr. 160.

Deutscher

(Eigene

(Schluß der Sitzung v

Abg. Dr. Hieber (natl.) ist dies die erste große Vorla stehen. Es handelt sich hier reform, sondern um in unor Grundgedanken ihrer Reform lage erlitten. Um den Reich Bülow erfolgreich zu führen, schönsten Kraftstellen der sch (Lebh. Zustimmung links, U polnische Fraktion ebenfalls n sien Bülow, ist ja auch mit sc den. Die Konservativen wußt schaftssteuer das Rückgrat des (Sehr richtig! links.) Nachde den Einzelstaaten als unannehm die Reichserbschaftssteuer die steuer, für die sich der Mitte sprochen hat, und die ganz sich tig! links.) Unter der Voraus steuer waren wir bereit, an gewinnen. (Hört, hört! und sogenannten Besitzsteuern bela viele Reiche frei. (Sehr wah daß das große Werk des Blo so klägliches Ende (Sehr richti Bülow scheidet ein moderner den Soz.) aus dem Amte. B kanzler auf den Blockgedanke Liberalen.) Zwischen Sozialde ralen herrscht eine tiefe, unü Baden aber überbrückte! He Besiegten, aber künftig werde Bravo! bei den Liberalen; L

Abg. Frhr. v. Hertlin Hohngelächter der Linken die Das Zentrum hat keine Verä Lachen links.) Es war unser der Unpopularität hin am S beiten. Unsere Auffassung Großes Portemonnaie!) verbo steuer. Stückwerk ist jedes Finanzreform. (Laute Heiter vativ-klerikales Bündnis gibt weil die konservative Partei preußischen Grundbesitzes ist, und sozial verschiedenartig zu betrifft, so sind wir immer Ausnahmepolitik gewesen. Teilnahme der Polen an die derheit.) Die Liberalen sollte das Vereinsgesetz denken. (S Polen und Soz.) Redner wen gegen den Liberalismus, de habe, und erklärt, daß, wenn Bebel bis Bassermann zustan konservative Partei als Gege auch das Zentrum gehören w

Abg. Dr. Wiemer (F reform gab das Zentrum den gibt das Zentrum wieder de nichts. Das Finanzelend b Dialektik des Herrn v. Hertli darüber hinwegtäuschen, daß Wähler und des Mittelstand (Sehr richtig! links.) Herr

G

Roman aus den von Fried

10

Die Plaza v

Heison blieb, als die bunte in dem Gedränge der Fußgä wie träumend auf derselben nieder. — Die Trostgründe, nämlich seine Unruhe eher denn hatte dieser es nicht a ihm der gefürchtete Nebenb Schon der Gedanke daran Schnelle durch die Adern u — es war der Gedanke eines den er nicht verfolgen dur wahnsinnig zu werden. Ve allen Vernunftgründen dage er sich, daß ihn Jenny liebe würde — es blieb umsonst. wieder und wieder ins Oh eines Menschen nie verlasse bildungskraft malte sich Reizen der Jugend geschmü

Ueber die Plaza kam ein nicht unbekannte Gestalt, die hier genugsam gewöhnten A gelassen wurde, denn hier sahen ihr kopfschüttelnd na mit seinem erbsgelben Kr die Stiefeln frisch geschmie in den Kopf gedrückt, in der den linken Arm den grünb in der Rechten aber die dächtig über den Platz herü zu sein schien, welche der da lich wählen sollte.

Endlich hatte er die Ste immer in sich verloren stand dem Griff des Spatens sein

„Hören Sie einmal, kön am schnellsten in die Mine

Beilage zur Volkswacht.

Nr. 160. **Bielefeld, Dienstag, 13. Juli 1909.** **20. Jahrg.**

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht.)

(Schluß der Sitzung vom Sonnabend, 10. Juli.)

Abg. Dr. Hieber (natl.): Seit einer Reihe von Jahren ist dies die erste große Vorlage, der wir ablehnend gegenüberstehen. Es handelt sich hier nicht um eine wirkliche Finanzreform, sondern um ein unorganisches Steuerbukett. Mit dem Grundgedanken ihrer Reform hat die Regierung eine Niederlage erlitten. Um den Reichsfeldzug gegen den Reichskanzler Bülow erfolgreich zu führen, verleugnete das Zentrum die schönsten Kraftstellen der schönsten Erzbergerschen Broschüren. (Lebh. Zustimmung links, Unruhe beim Fuselblock.) Daß die polnische Fraktion ebenfalls nur Rache nehmen wollte am Fürsten Bülow, ist ja auch mit schöner Offenheit eingestanden worden. Die Konservativen wußten, daß die Ausdehnung der Erbschaftssteuer das Rückgrat des Finanzplans der Regierung war. (Sehr richtig! links.) Nachdem die Reichsvermögenssteuer von den Einzelstaaten als unannehmbar bezeichnet worden war, war die Reichserbschaftssteuer die einzige wirklich allgemeine Besitzsteuer, für die sich der Mittelstand in Stadt und Land ausgesprochen hat, und die ganz sicher wiederkehren wird. (Sehr richtig! links.) Unter der Voraussetzung einer allgemeinen Besitzsteuer waren wir bereit, an indirekten Steuern noch mehr zu gewinnen. (Hört, hört! und Sehr richtig! b. d. Soz.) Die jetzt sogenannten Besitzsteuern belasten viele kleine Leute und lassen viele Reiche frei. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir bedauern tief, daß das große Werk des Blocks (Gr. Heiterkeit b. d. Soz.) ein so klägliches Ende (Sehr richtig! b. d. Soz.) genommen hat. Mit Bülow scheidet ein moderner Staatsmann (Lautes Lachen bei den Soz.) aus dem Amte. Vielleicht wird ein späterer Reichskanzler auf den Blockgedanken zurückgreifen. (Beifall bei den Liberalen.) Zwischen Sozialdemokratie aber und Nationalliberalen herrscht eine tiefe, unüberbrückbare (Zuruf i. Ztr.: In Baden aber überbrückte! Heiterkeit) Kluft. Wir sind jetzt die Besiegten, aber künftig werden wir die Sieger sein. (Lebhaftes Bravo! bei den Liberalen; Lachen rechts.)

Abg. Frhr. v. Hertling (Ztr.) beweist unter brausendem Hohngelächter der Linken die Konsequenzpolitik des Zentrums. Das Zentrum hat keine Verärgerungspolitik getrieben. (Lautes Lachen links.) Es war unsere sittliche Pflicht, auf die Gefahr der Unpopularität hin am Werke der Finanzreform mitzuarbeiten. Unsere Auffassung vom Familienleben (Zuruf links: Großes Portemonnaie!) verbot uns die Annahme der Erbschaftssteuer. Stückwerk ist jedes Menschenwerk und somit auch die Finanzreform. (Laute Heiterkeit links.) Ein eigentlich konservativ-klerikales Bündnis gibt es nicht und kann es nicht geben, weil die konservative Partei im wesentlichen die Partei des preußischen Grundbesitzes ist, das Zentrum dagegen geographisch und sozial verschiedenartig zusammengesetzt ist. Was die Polen betrifft, so sind wir immer stets Gegner einer antipolnischen Ausnahmepolitik gewesen. Wir freuen uns doppelt über die Teilnahme der Polen an diesem Werke. (Lachen bei der Minderheit.) Die Liberalen sollten an die Ostmarkenzulage und an das Vereinsgesetz denken. (Stürm. Sehr gut! beim Zentrum, Polen und Soz.) Redner wendet sich in weiteren Ausführungen gegen den Liberalismus, der keine Wählermassen hinter sich habe, und erklärt, daß, wenn, wie er nicht glaube, die Partei Bebel bis Bassermann zustande kommen werde, auch eine große konservative Partei als Gegengewicht sich bilden werde, zu der auch das Zentrum gehören werde. (Lebh. Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Wiemer (Fr. Vp.): Bei der letzten Finanzreform gab das Zentrum den Ausschlag, sie taugte nichts. Jetzt gibt das Zentrum wieder den Ausschlag und sie taugt wieder nichts. Das Finanzelend bleibt. (Sehr richtig! links.) Die Dialektik des Herrn v. Hertling wird die Zentrumswähler nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Zentrum die Interessen seiner Wähler und des Mittelstandes gänzlich im Stich gelassen hat. (Sehr richtig! links.) Herr v. Heydebrandt will auch liberale Männer in der Verwaltung dulden, aber nur, wenn sie danach sind. (Heiterkeit links.) Dabei dulden Sie nicht einmal liberale Männer in der Selbstverwaltung, wie der Fall Schücking beweist. (Sehr richtig! links.) Fürst Bülow hat sich für die Gleichberechtigung des Liberalismus eingesetzt. Sein Name wird deshalb mit Ehren genannt werden. (Bravo! b. d. Freis.) Von der jetzigen Haltung der verbündeten Regierungen kann man das nicht sagen. Sie haben das Ansehen des Bundesrats aufs schwerste geschädigt. Herr Hertling spottet über unseren Verlust an Wählern. Mehr Wähler als das Zentrum haben wir noch immer (Zustimmung b. d. Lib.) und unsere jetzige Haltung wird uns weitere Wählerkreise gewinnen. (Lebhafter Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Dirksen (Rp.): Die Gesundung der Reichsfinanzen ist eine Lebensfrage. Unsere patriotische Pflicht gebot uns, daran mitzuarbeiten; auch nachdem die nationale Mehrheit auseinander gefallen ist. (Bravo! b. d. Mehrheit.)

Abg. v. Charlinski (Pole): Wir Polen sind selbständig und sachlich vorgegangen. (Bravo! b. d. Mehrh.) Wir wollen aber auch als gleichberechtigte Bürger behandelt werden. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Raab (W. Vg.) freut sich besonders über die Börsensteuern, die Talonsteuer und den Effektenstempel.

Abg. Zimmermann (Antis.) desgleichen.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Die Matrikularbeiträge und die Besteuerung der Wertpapiere wird nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen. Die Wertzuwachssteuer wird debattelos abgelehnt. Beim Kaffeezoll beantragt

Abg. Dr. Roesicke (kons.), den Zoll für gebrannten Kaffee auf 85 Mk. (statt 80 Mk.) zu erhöhen.

Der Antrag wird angenommen. Dann wird der Kaffeezoll (60 Mk. auf ungebrannten, 85 Mk. auf gebrannten Kaffee pro Doppelzentner) in namentlicher Abstimmung mit 191 gegen 158 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen.

Die Erhöhung des Teezolles von 25 auf 100 Mk. wird in namentlicher Abstimmung mit 214 gegen 143 Stimmen angenommen, ebenso die Steuer auf Beleuchtungsmittel und auf Zündhölzer. Desgleichen die Hinausschiebung der Herabsetzung der Zuckersteuer. Der Antrag der Sozialdemokraten auf Ablehnung der Fahrkartensteuer wird mit 205 gegen 149 Stimmen abgelehnt, und das gesamte Finanzgesetz in namentlicher Abstimmung mit 226 gegen 127 Stimmen angenommen. In Kraft treten soll es am 1. Oktober, der Kaffee- und Teezoll schon am 1. August.

Dann wird die Schaumweinsteuer mit 222 gegen 120 Stimmen angenommen. Beim Umsatzstempel auf Grundstücksübertragungen beantragt

Graf Westarp, daß bis zum 1. April 1912 eine Reichswertzuwachssteuer eingeführt werden soll.

Abg. Cuno (Fr. Vp.): Diese Steuer kann auf Jahrzehnte keinen Ertrag bringen, da aller Wertzuwachs schon vor dem 1. April 1912 realisiert werden wird. Den Gemeinden wird diese Steuer einfach genommen.

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Hier hätte doch ein Vertreter der Einzelstaaten das Wort nehmen müssen. (Sehr gut! links.) Der Reichskanzler ist mit dem Packen seiner Utensilien beschäftigt und der neue Reichskanzler soll auf eine bestimmte, demnächst vorzulegende Steuer festgelegt werden. Ueber die Güte dieses Wechsels auf die Zukunft kann niemand im Zweifel sein. (Sehr gut! links.) Der Antrag Westarp will den Gemeinden den Ausbau der Wertzuwachssteuer unmöglich machen und sie dadurch aufs schwerste schädigen. Gegen diese saloppe Art der Gesetzesmacherei, diese Galoppschusterei, diese Gesetzesfabrikation mit der Dampfwalze legen wir Protest ein. (Lebhafter Beifall links.)

Staatssekretär Sydow: Ich wundere mich, daß die Wertzuwachssteuer, für die in der Kommission doch alle Parteien eingetreten sind, jetzt mit Spott übergossen wird. (Bravo! rechts.)

Abg. Müller-Meiningen (Fr. Vp.): Ihr Antrag beweist, daß Sie selbst die Unmöglichkeit Ihrer Art der Gesetzesmacherei erkannt haben. Für Ihre Finanzreform wäre babylonische Finanzunordnung der richtige Name. (Lebh. Beifall links.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Ich glaube nicht, daß sich ein Reichstag finden wird, der die wichtigsten Steuerquellen der Gemeinden verstopfen will. (Abg. Singer: Da kennen Sie Ihre Pappenheimer schlecht. Heiterkeit.)

Der Antrag Westarp wird mit 222 gegen 138 Stimmen angenommen. Einstimmige Annahme findet auch ein Antrag Graf Carmer (kons.), die Fideikommisse alle 30 Jahre mit einem kleinen Stempel zu belegen.

Der Rest des Stempelgesetzes, sowie das Wechselstempelgesetz werden debattelos angenommen.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr. (Besoldungsgesetz, Schankgefäßgesetz, Beihilfe für Kriegsteilnehmer, Wahlprüfungen.)

Schluß 6¾ Uhr.

---

281. Sitzung vom Montag, 12. Juli, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstisch: Sydow, v. Bethmann-Hollweg, Krätke, v. Schön, Dernburg.

Zunächst steht auf der Tagesordnung die zweite Lesung des Besoldungsgesetzes.

Die Bundesratsbevollmächtigten von Hamburg, Württemberg und Sachsen bedauern, daß Hamburg, Stuttgart, Dresden und Leipzig nicht in eine höhere Servisklasse versetzt worden sind.

Abg. Dröscher (kons.) erstattet den Bericht und verteidigt den Umfall.

Schatzsekretär Sydow preist die hingebende Arbeit der Kommission, die Vollendung des großen Werkes (Lachen links) und den Patriotismus und die Pflichttreue der deutschen Beamten, von denen indes nicht zu wünschen sei, daß sie sich in Petitionen an den Reichstag wenden. (Zustimmung rechts; Lachen und Widerspruch links.) Durch weitergehende Forderungen des Reichstags würde nur das Werk gefährdet werden.

Abg. Kopsch (Fr. Vp.): Gewiß muß unter den Beamten Disziplin herrschen, aber ihr Versammlungs- und Petitionsrecht muß unbedingt aufrecht erhalten bleiben. (Sehr richtig! bei den Freis.) Die Notwendigkeit der Gehältererhöhung ist durch die allgemeine Lebensmittelverteuerung veranlaßt worden. Und diese Teuerung schanzt den Kreisen Vorteile in die Tasche, die erst eben wieder sich geweigert haben, einen Anteil an den Reichslasten auf sich zu nehmen. (Lebh. Sehr richtig! links.) Die durch die Steuergesetzgebung des neuen Blocks am härtesten getroffenen Unterbeamten werden in dieser Vorlage am schlechtesten gestellt, die nichts ist als ein Stück- und Flickwerk ödester Plusmacherei des schwarz-blauen Blocks. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Spahn (Ztr.) behauptet unter Heiterkeit der Linken, daß seine Fraktion in der Beamtenfrage nicht umgefallen sei.

Abg. Beck (natl.): Wir bedauern die Herabsetzung der Anfangsgehälter in der endgiltigen Kommissionssitzung. Den Soldaten ist mit einer wirklichen Solderhöhung, aber nicht mit Resolutionen gedient, die vielleicht nächstes Jahr wieder für belanglos erklärt werden. (Sehr richtig! links.) Wir müssen die Beamten so stellen, daß sie der dringendsten Sorgen enthoben werden. (Bravo! bei den Natl.)

Abg. Singer (Soz.): Es ist begreiflich, daß die Vertreter der einzelnen Städte diese in höhere Servisklassen versetzen wollen. Aber in diesem Stadium der Eilberatung ist an eine sachliche Prüfung solcher Anträge, die jetzt in Fülle auf uns niederregnen, nicht zu denken. Ich freue mich über den Widerstand der Bundesratsvertreter von Hamburg, Württemberg und Sachsen gegen die Kommissionsvorlage, hätte aber gewünscht, daß dieser Widerstand sich auch gegenüber den Steuervorlagen geltend gemacht hätte. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nun zur Besoldungsvorlage. Dem Unannehmbar der Regierung in Sachen der Finanzreform setzte die Mehrheit unbeugsamen Wider-

---

Gold.

Roman aus den Goldfeldern Kaliforniens
von Friedrich Gerstäcker.

10

IV.

Die Plaza von San Francisco.

Hetson blieb, als die bunte Zarape des Amerikaners schon lange in dem Gedränge der Fußgänger verschwunden war, noch immer wie träumend auf derselben Stelle stehen und starrte vor sich nieder. — Die Trostgründe, die Sifily für ihn gehabt, schienen nämlich seine Unruhe eher vermehrt als vermindert zu haben, denn hatte dieser es nicht als ziemlich fest angenommen, daß ihm der gefürchtete Nebenbuhler wirklich folgen würde? — Schon der Gedanke daran trieb ihm das Blut in rasender Schnelle durch die Adern und machte sein Herz stärker klopfen — es war der Gedanke eines möglichen Verlustes seines Weibes, den er nicht verfolgen durfte, wenn er nicht fürchten wollte wahnsinnig zu werden. Vergebens kämpfte er auch selber mit allen Vernunftgründen dagegen, vergebens sagte und wiederholte er sich, daß ihn Jenny liebe, daß sie ihn nicht wieder verlassen würde — es blieb umsonst. Ein tückischer Geist flüsterte ihm wieder und wieder ins Ohr, daß die erste Liebe das Herz eines Menschen nie verlasse, und seine krankhaft erregte Einbildungskraft malte sich dabei den Nebenbuhler mit allen Reizen der Jugend geschmückt aus.

Ueber die Plaza kam eine einzige wunderliche, uns übrigens nicht unbekannte Gestalt, die selbst von den an das Sonderbare hier genugsam gewöhnten Amerikanern nicht unbeachtet vorbeigelassen wurde, denn hier und da blieben einzelne stehen und sahen ihr kopfschüttelnd nach. Es war Ballenstedt, der mit seinem erbsgelben Kragenmantel, die Hosen aufgestreift, die Stiefeln frisch geschmiert, den Hut etwas nach hinten fest in den Kopf gedrückt, in der linken Hand sein Bündel und unter den linken Arm den grünbaumwollenen Regenschirm geklemmt, in der Rechten aber die Schaufel haltend, langsam und bedächtig über den Platz herüberkam und nicht ganz einig mit sich zu sein schien, welche der davon abzweigenden Straße er eigentlich wählen sollte.

Endlich hatte er die Stelle erreicht, auf welcher Hetson noch immer in sich verloren stand, ging auf ihn zu, berührte leise mit dem Griff des Spatens seinen Ellbogen und sagte:

„Hören Sie einmal, können Sie mir nicht sagen, wo ich hier am schnellsten in die Minen komme?"

Hetson drehte sich rasch und fast erschreckt nach dem Frager um, dieser aber, der alsbald den Reisegefährten erkannte, fuhr enttäuscht und ziemlich unbekümmert, ob er ihn verstand oder nicht, fort:

„Ach herrje, Sie sind ja auch von uns; ja, da werden Sie auch noch nichts wissen. Na, nehmen Sie's nicht übel. Gehen Sie auch in die Minen?"

Hetson schüttelte unwillig mit dem Kopfe, zum Zeichen, daß er nicht verstehe, was der Fremde sage; zugleich schritt er jetzt entschlossen die Fremdenlisten jedenfalls nachzusehen, dem Courthouse zu.

„Na, der ist grob," brummte Ballenstedt mürrisch vor sich hin, „trag du aber mein'twegen die Nase so hoch du willst, in vier Wochen tausch' ich doch nicht mit dir, so viel weiß ich" — und seinen Spaten wieder fester packend, wollte er eben seinen Weg fortsetzen, als er von ein paar laut lachenden Stimmen angerufen wurde.

„Ballenstedt — he — hallo, Ballenstedt!"

Er blieb stehen und drehte sich nach den Rufern um. Aufrichtig gestanden war ihm aber nichts daran gelegen, von alten Schiffsgenossen angesprochen und aufgehalten zu werden. Er hatte keine Zeit mehr zu vertrödeln, und je eher er in die Minen kam, desto besser. Wohin er wanderte, brauchte überdies niemand zu wissen.

„Ballenstedt, Junge!" rief aber der eine der beiden, die jetzt auf den Reisegefährten zueilten und lachend bei ihm stehen blieben, „Donnerwetter, wo soll die Reise nun all hingehen? Doch nicht direkt zum Buddeln?"

Es war Lamberg, der augenscheinlich der Flasche ein wenig zugesprochen hatte und den Hufner begleitete.

„Soll ich mich etwa noch hier einmieten und Geld verzehren?" sagte aber Ballenstedt, der eine weitere Begrüßung für unnötig hielt. „Ich habe keine Zeit übrig, denn ich muß in zehn Monaten wieder in Deutschland sein."

„In zehn Monaten?" lachte aber Lamberg, „da wirst du verwünscht wenig da oben herausschaufeln können, denn fünf mußt du auf die Rückreise rechnen."

„Das schadet nichts," erwiderte aber Ballenstedt ruhig, „ich brauche auch nur zwanzigtausend Taler."

„Zwanzigtausend Taler? — so? — mehr nicht?" rief Lamberg verwundert, „und das sagt der Mensch da mit einer Ruhe, als ob er das Papier in der Tasche hätte und nur auf die Bank zu gehen brauchte. Und was willst du mit der kleinen Summe machen, Alterchen?"

„Den neuen Hof zu Hesselbach kaufen," sagte Ballenstedt, „der kostet gerade so viel."

„Und glauben Sie wirklich, daß Sie in der kurzen Zeit so viel Gold herausgraben können, Herr Ballenstedt?" frug da Herr Hufner, dem die bestimmte Zuversicht des Mannes imponierte.

„Wirklich glauben?" sagte aber Ballenstedt ordentlich verwundert, „na, wenn ich das nicht gewiß wüßte, weshalb wäre ich denn da die vielen tausend Meilen hier nach Kalifornium gekommen, he?"

„Hahahahaha!" lachte da Lamberg laut auf, „Ballenstedt ist göttlich!" Hufner aber, den Zeit und Summe, seiner eigenen Zwecke wegen, außerordentlich ansprachen, und der auch wohl nebenbei in den derben Fäusten des Burschen eine Garantie für die Erdarbeit sah, der er sich doch nicht so recht gewachsen fühlte, sagte:

„Wenn ich das wüßte, Herr Ballenstedt, dann hätte ich große Lust, gleich mit Ihnen zu gehen. Zu zweien arbeitet es sich überdies immer besser als allein, und morgen früh wollte ich ohnedies aufbrechen. Haben Sie einen Augenblick Zeit?"

„Wer? ich? —" sagte Ballenstedt — „nein."

„Ich meine nur höchstens zehn Minuten," drängte aber Hufner — „das können Sie mir schon aus alter Kameradschaft zuliebe tun. Meine Sachen sind bereits zusammengeschnürt und ich brauche sie nur da drüben in der Straße abzuholen. Nicht wahr, Sie warten einen Augenblick auf mich?"

„Sie sind wohl nicht klug?" rief da Lamberg, dem dieser rasche Entschluß auf solche Grundlagen hin doch außer dem Spaß war, „Ballenstedt weiß doch auch die Flecke nicht, wo es sitzt."

„Nicht wahr, Sie bleiben hier einen Augenblick?" rief aber Herr Hufner noch einmal, dem ein unbestimmtes Gefühl sagte, daß er den glücklichen Moment getroffen habe. Ohne deshalb auch nur eine Antwort Ballenstedts abzuwarten, lief er über die Plaza hinüber nach Kearney Street hinein, und Lamberg, der ihm den tollen Entschluß noch ausreden wollte, folgte ihm, so rasch er nur konnte.

„So?" brummte aber Ballenstedt leise vor sich hin, „mitgehen, nicht wahr? Auf dem Schiff hat sich der Mensch den Henker um mich gekümmert, und jetzt, wo ihm das Gold in die Nase sticht, bin ich ihm auf einmal gut genug. Na, ich will ihm nur wünschen, daß er mich wiederfindet." Und wie er die beiden um die nächste Ecke verschwinden sah, bog er in eine andere Straße ein und ließ sich nicht wieder blicken.

Eine gute Viertelstunde mochte vergangen sein, als von der Bei herauf ein Karren mit Gütern beladen fuhr. Hinter ihm drein ging mit gebücktem Kopf, ein Kind an jeder Hand, eine Frau, und neben ihr ein ältlicher, anständig gekleideter Herr,

stand entgegen; aber dem Unannehmbar der Regierung gegenüber Unterbeamten und Postassistenten fügt sich der konservativ-klerikale Block (Zuruf bei den Soz.: Zuselblock!) wie auf Kommando einschwenkender Unteroffiziere. Wenn der Reichstag einmütig an den ursprünglichen Kommissionsbeschlüssen festgehalten hätte, würde die Regierung nachgegeben haben. Denn welcher Wert dem Unannehmbar der Regierung beizumessen ist, wissen wir doch alle. (Sehr gut! links.) Die Reichstagsabgeordneten wissen besser Bescheid mit den Lebensverhältnissen der Beamten, als die Herren Geheimräte. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Deckung wäre schon zu schaffen: bringe die Regierung nur neue, aber wirkliche Besitzsteuern ein. Alles Vertrauen der Beamten zum Reichstage wird schwinden, wenn die feierlichen Versprechungen nicht gehalten werden. Freilich wurden diese Versprechungen gegeben, als eine Auflösung in Sicht stand; jetzt, wo die Gefahr vorüber, wird die Erfüllung der Versprechungen nicht mehr für notwendig gehalten. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Der Umfall der Mehrheit ist blamabel für den Reichstag und muß das Ansehen des Parlaments beim Volke schwer schädigen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auf das entschiedenste muß protestiert werden gegen die petitionsfeindlichen Ausführungen des Schatzsekretärs. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Wenn die Regierung nicht will, daß die Beamten an den Reichstag petitionieren, dann bringe sie selbst Vorlagen mit anständigen Besoldungssätzen. (Sehr wahr! links.) Daß man vom Bundesratstisch uns mit Milliardenziffern imponieren will, ist geradezu töricht: daß die Besoldung der Beamten Unsummen kostet, da Deutschland ein großes Beamtenheer gebraucht, versteht sich von selbst. Die Frage ist die, wieviel entfällt auf den einzelnen Beamten, und da steht denn fest, daß die Besoldung der Unterbeamten eine geradezu minimale ist. Zuerst waren ja auch die Konservativen durchaus bereit, über die Regierungssätze bei den Postbeamten und Unterbeamten hinauszugehen und den Soldaten die wahrhaftig minimale Zulage von 8 Pfg. zu geben. Jetzt sind Konservative und Zentrum umgefallen und versagen Unterbeamten, Assistenten und Soldaten die Erfüllung der Versprechungen, während sie bei Offizieren und höheren Beamten über die Regierungssätze hinausgehen. Wir unsererseits gönnen den letzteren ja ihre Zulagen und würden für sie stimmen, aber nur unter der Voraussetzung, daß auch an den ursprünglichen Kommissionssätzen für Assistenten und Unterbeamte und an der Erhöhung der Soldatenlöhne festgehalten wird. (Sehr richtig! bei den Soz.) Geschieht das nicht, so müssen wir gegen die über die Vorlage hinausgehenden Sätze für höhere Beamte und Offiziere stimmen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Reichstag sollte wahrhaftig nicht sich an den Widerstand Preußens, des Vaters aller Hindernisse, kehren und die Mehrheit, die eben der Regierung 500 Millionen zugeschanzt hat, sollte sich mit uns vereinigen, um die Regierung zu einer Nachgiebigkeit in Sachen der Beamtenvorlage zu bewegen. Einem einmütigen Votum des Reichstages wird der Bundesrat keinen Widerstand entgegenbringen. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Finanzminister v. Rheinbaben wirft den Sozialdemokraten agitatorisches Treiben und Vorspiegelung einer Fata Morgana vor und feiert die Leistungen der deutschen Sozialpolitik. Diese habe die besitzenden Klassen und den Staat mit so hohen Ausgaben belastet, daß für die Beamten eben nicht mehr getan werden kann, als in den Kompromißanträgen enthalten sei, um deren Annahme er bittet. (Lebh. Beifall rechts.)

Abg. v. Gamp (Rp.): Die Linke verlangt Ausgaben und verweigert Einnahmen. Die Sozialdemokraten im preußischen Abgeordnetenhause sind viel vernünftiger als die Sozialdemokraten im Reichstage. (Zustimmung rechts; Lachen b. d. Soz.)

Abg. Dröscher (kons.): Das Unannehmbar der Regierung gegenüber Erhöhung der Beamtenbesoldung hatte eine ganz andere Bedeutung als bei der Finanzreform. (Lebh. Aha! Aha! links.) Die Anträge der Linken haben nur agitatorischen Wert. Von einem Umfall der Rechten kann gar keine Rede sein. (Lautes Lachen links, lebhf. Zustimmung rechts.)

Abg. v. Brudzewo-Mielsczynski (Pole) spricht sich für die Kommissionsbeschlüsse aus.

Abg. Lattmann (W. Vg.): Die Beamten empfinden die Anträge der Linken als Hohn. (Stürm. Gelächter links.) Freilich haben sie auch eine gewisse Veranlassung, sich über den ganzen Reichstag zu beschweren, da ihnen gemachte Versprechungen nicht erfüllt worden sind (Zuruf links: Na also!), während doch 104 Abgeordnete im vorigen Jahre an dem Verbandstag der Postbeamten teilgenommen haben. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Reichsschatzsekretär Sydow: Einstimmig hat heute der Bundesrat beschlossen, daß ein Hinausgehen über die Kommissionsbeschlüsse ein Scheitern der Besoldungsvorlage zur Folge haben würde. (Zuruf b. d. Soz.: Das ist heute die Bundesratsansicht! Gr. Heiterkeit.)

Abg. Bruhn (Antis.) wirft der Linken Verhetzung vor. (Zuruf links: Sie Herausgeber der „Wahrheit".)

Hiermit schließt die Diskussion. Es beginnt die Spezialberatung. Ein Antrag Albrecht und Gen. (Soz.) verlangt Feststellung des Gehalts der Nachtwächter bei den Reichsämtern von 1100 bis 1500 Mk. und ein weiterer sozialdemokratischer Antrag verlangt Feststellung des Gehalts der Unterbeamten der Landbriefträgerklasse auf 1200 bis 1500 Mark, weitere Unterbeamtenklassen von 1200 bis 1800 Mark.

Abg. Emmel (Soz.): Die betreffenden Beamtenklassen beziehen in Bayern und Württemberg zum Teil sogar Sätze, die über unseren Antrag hinausgehen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Man muß diesen Beamten, die zum Teil sehr verantwortungsvolle Stellen bekleiden, ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Das Zentrum sollte sich um so mehr dafür einsetzen, als sein Mitglied Herr Will-Straßburg die einschlägigen Petitionen selbst überreicht hat. (Hört, hört! bei den Soz.) Was die Deckung betrifft, so sind wir gern bereit, für sie zu sorgen, allerdings nur auf dem Wege direkter Steuern; die durch die Beschlüsse der Steuermehrheit vergrößerte Teuerung zwingt geradezu zum Hinausgehen über die Kommissionssätze. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Mit den angeblichen sozialpolitischen Unternehmerlasten haben die Beamtengehälter nichts zu tun. — Die Sozialdemokraten im preußischen Abgeordnetenhause haben darum keine Abänderungsanträge gestellt, weil sie dort völlig machtlos sind und demgemäß ihre Anträge aussichtslos gewesen wären. (Sehr wahr! b. d. Soz.) — In der Kommission sind unsere Anträge bereits angenommen worden. Von Undurchführbarkeit kann also keine Rede sein. Möge sich das Haus nicht durch das Unannehmbar der Regierung, das eine leere Ausrede ist, von der Annahme unserer Anträge abhalten lassen. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.)

Der Antrag Albrecht auf Besserstellung der Nachtwächter 2c. wird abgelehnt. Der Antrag Beck (natl.) auf Besserstellung der Schaffner und Bremser wird mit 172 gegen 161 Stimmen angenommen.

Der sozialdemokratische Antrag auf Besserstellung der Magazin- und Bureaudiener usw. wird in namentlicher Abstimmung mit 292 gegen 47 Stimmen abgelehnt, ebenso eine Reihe weiterer Anträge in weiterer Abstimmung. Dagegen wird ein Antrag Beck-Ablaß auf Zusammenziehung mehrerer Gehaltsklassen mit 200 gegen 134 Stimmen angenommen.

Nach Ablehnung weiterer Anträge Albrecht wird ein Antrag Beck-Ablaß auf Gehaltserhöhung der Postunterbeamten durch Linke, Antisemiten und ein Teil des Zentrums angenommen. Ebenso in namentlicher Abstimmung ein Antrag Beck-Ablaß auf Erhöhung des Erdgehalts der Bureaubeamten der Postverwaltung, Oberpostassistenten, Werkmeister, Eisenbahnbetriebssekretäre usw. Der Rest der Besoldungsvorlage wird nach den Beschlüssen der Kommission angenommen. Die zahlreichen Anträge auf Versetzung von Städten in höhere Servisklassen werden auf Antrag Bassermann (natl.) einstimmig den verbündeten Regierungen zur Prüfung und Erwägung überwiesen.

Das Gesetz über die Schankgefäße wird mit einem bis zum 1. Oktober 1913 Ausnahmen gestattenden Antrag Neumann-Hofer, für den sich auch Abg. Zubeil (Soz.) ausspricht, angenommen.

Das Gesetz über die Veteranenbeihilfe wird debattelos einstimmig angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Dienstag 10 Uhr. (Zirka 10 dritte Lesungen, darunter Besoldungsvorlage, Wahlprüfungen usw.)

Schluß 8¼ Uhr

Ein Merkblatt für die christlichen Tabakarbeiter.

Rede des Reichstagsabgeordneten Genossen Frank,

gehalten bei der dritten Lesung des Tabaksteuergesetzes über den Antrag Giesberts betreffend Entschädigung der Tabakarbeiter.

(Stenographischer Bericht.)

Dr. Frank-Mannheim (Soz.): Der Regierungsvertreter hat sich dagegen verwahrt, daß die Ausführungen, die er eben gemacht hat, bestellte Arbeit gewesen sind. So war wohl der Zwischenruf auch nicht gemeint. Wir glauben, die ganze Finanzreform in der heutigen Gestalt ist bestellte Arbeit.

Was den Herrn Abg. Giesberts betrifft, so will ich ihm nur erwidern: ein Abgeordneter, der der Tabaksteuer seine Zustimmung gegeben hat, hat damit das Recht verwirkt, im Namen von deutschen Tabakarbeitern zu reden. (Sehr richtig! b. d. Soz.; Rufe: Oho! in der Mitte!) Daß der Herr Abg. Giesberts und mit ihm die neue Mehrheit in der zweiten Lesung dem Antrag auf Entschädigung arbeitslos werdender Arbeiter zugestimmt hat, ist nicht ein Beweis für ihre soziale Einsicht, sondern lediglich ein Beweis für ihr schlechtes Gewissen. (Sehr richtig! b. d. Soz.; Heiterkeit in der Mitte.) Es ist recht gut und in Ordnung, daß einem Manne, der zum Krüppel geschlagen wird, eine Entschädigung gewährt wird. Aber richtiger und besser ist es, wenn man ihn nicht erst zum Prüppel schlägt. (Sehr gut! b. d. Soz.) Es ist nun schon in der zweiten Lesung angekündigt worden, daß in der dritten Lesung Verbesserungsvorschläge zu dem früheren Antrag Giesberts kommen würden, und ich muß gestehen, es ist mir gleich ein Schauer den Rücken hinuntergegangen, wie ich gehört habe, die neue Mehrheit wolle Verbesserungsvorschläge bringen (Sehr gut! b. d. Soz.); denn waren wesentliche Verschlechterungen der Vorlagen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) So ist es auch hier, und der Herr Abg. Giesberts stellt große Anforderungen an unsere Leichtgläubigkeit, wenn er uns zumuten will, mit ihm anzunehmen, daß seine heutigen Vorschläge nur formale Aenderungen seien. (Heiterkeit b. d. Soz.) Das ist eine nette formale Aenderung, wenn er jetzt vorschlägt, daß der Gesamtbetrag der zu zahlenden „Unterstützung" nicht mehr als 4 Millionen für zwei Jahre betragen dürfe. (Hört, hört! b. d. Soz.) Nein, Herr Abg. Giesberts, die Sache liegt anders. Sie haben entsprechend den Gewohnheiten des neuen Blocks eine Kontingentierung gebracht (Sehr richtig! b. d. Soz.), allerdings eine Kontingentierung auf Kosten der Arbeiter.

Es ist heute verboten worden, den Block so zu nennen (Zurufe b. d. Soz.), wie er es verdienen würde; ich glaube aber, daß gegen die Bezeichnung „Kontingentierungsblock" nichts einzuwenden sein wird. (Heiterkeit links.) Ich bitte übrigens, noch zu beachten, wie wertvoll das Zugeständnis ist, das der Kontingentierungsblock mit dem neuen Antrag macht. Er sagt, man müsse nach oben begrenzen, denn sonst bestehe die Gefahr, daß vielleicht Entschädigungen in Höhe ungemessener Millionen gezahlt werden müßten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Es bestehe die Gefahr, daß das gesamte Erträgnis der Tabaksteuer für Entschädigungen ausgegeben würde. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ich danke dem Herrn Abg. Giesberts für das Geständnis, das Sie damit machen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Sie erkennen damit an, daß alle Einwendungen der Linken, alle Befürchtungen der Linken auch von Ihnen im Stillen geteilt werden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Sie erkennen damit an, daß aller Wahrscheinlichkeit nach die Verluste nur der Arbeiter — ich will von den Fabrikanten gar nicht reden — weit über 4 Millionen hinausgehen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Damit richten sich all die Entschuldigungsversuche, die Sie in der zweiten Lesung hier vorzutragen für richtig gehalten haben.

Es ist nun wohl dem Herrn Abg. Giesberts nicht entgangen, daß auch wir Sozialdemokraten Verbesserungsvorschläge zu seinem Antrag für die dritte Lesung gebracht haben. Wir Sozialdemokraten freuen uns immer, wenn wir positive Arbeit für die Arbeiter leisten können (Sehr wahr! b. d. Soz.), keine positive Arbeit in Ihrem Sinne, Herr Abg. Giesberts!

Ich hoffe, daß das Zentrum keinen Anstoß nehmen wird an der nicht wegzuleugnenden Tatsache, daß unser Antrag in den wesentlichsten Punkten aufgebaut ist auf einer Petition der christlichen Tabakarbeiter. (Hört, hört! b. d. Soz.) Es ist nicht das erste Mal, daß wir Sozialdemokraten in die Lage kommen, die Klasseninteressen der christlichen Arbeiter zu verteidigen gegen ihre Freunde im Zentrum (Sehr wahr! b. d. Soz.; Widerspruch i. d. Mitte) und heute haben wir das erbauliche Schauspiel, daß der Herr Abgeordnete Giesberts hier von der Tribüne des Reichstags eine Rede hält gefüllt mit staatsmännischen Erwägungen gegen die christlichen Tabakarbeiter. (Sehr gut! und Heiterkeit b. d. Soz.) Es ist das begreiflich. Vielleicht hat er schon die vorige Nummer des Organs der christlichen Tabakarbeiter gelesen, wo dem Herrn Abgeordneten Giesberts angekündigt worden ist, daß mit ihm noch zu reden sein werde wegen seiner Abstimmung (Hört, hört! b. d. Soz.) und über einen seiner Kollegen im Zentrum, den Herrn Abgeordneten Dr. Fleischer, der auch für die Tabaksteuer gestimmt hat, wird kurz festgestellt, das sei ein „netter Arbeitervertreter". (Heiterkeit.) Für den Herrn Abg. Giesberts scheint diese Art Charakterisierung nicht auszureichen, da bei ihm angekündigt wird, daß später das Nötige gesagt werden solle. Für das Zentrum im allgemeinen ist auch schon eine Zensur in diesem Organ der christlichen Tabakarbeiter gegeben. Das Blatt schreibt: Die Haltung des Zentrums in der Tabaksteuerfrage hat den größten Unwillen der Tabakarbeiter ausgelöst. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ich weiß nicht, ob Ihnen seit Ihrer Verbindung mit den vornehmeren Herren im Hause noch etwas an der Meinung der Tabakarbeiter liegt. (Heiterkeit links.) Jedenfalls haben wir Sozialdemokraten es für richtig gehalten, den Antrag des Herrn Abg. Giesberts so zu verbessern, daß er doch wenigstens den dringendsten und billigsten Wünschen der Tabakarbeiter Rechnung trägt. Wir werden in erster Reihe verlangen, daß die Beträge, die an die geschädigten Arbeiter gezahlt werden, keine Unterstützungen sind. Wir haben das Wort „Unterstützung" zu streichen und dafür das Wort „Entschädigung" einzusetzen gebeten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die christlichen Arbeiter fürchten mit Recht, daß sonst Ihre neuen Blockgenossen, die wie überall in Deutschland das Heft in der Hand haben, die unterstützten Arbeiter als solche Personen ansehen, die aus öffentlichen Mitteln Unterstützungen empfangen haben, und sie sehen voraus, daß ihnen dann das nächste Mal das Wahlrecht entzogen wird. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das könnte Ihnen (zum Zentrum) ja so passen, wenn die christlichen Arbeiter bei den nächsten Wahlen nicht mitwählen dürften. Es wird ferner von uns verlangt, daß die Berufsorganisationen der Tabakindustrie vom Bundesrat gehört werden. Wenn ich recht verstanden habe, hat der Herr Abg. Giesberts das ja auch hier vorgebracht, aber nur als Wunsch und, wie bei ihm natürlich, als frommen Wunsch. (Heiterkeit links.) Wir sind der Meinung, daß in das Gesetz die Vorschrift aufgenommen werden muß, die berufenen Vertreter der Tabakindustrie zu hören, bevor die nötigen Verordnungen erlassen werden. Und weiterhin haben wir es für nötig gehalten, daß auch die Angestellten in den Kreis der Personen mit aufgenommen werden, die einen Anspruch auf Entschädigung haben. Es ist kein Zweifel, daß auch bei dem Tabaksteuergesetz die Entwicklung sich auf der Linie des geringsten Widerstandes bewegen wird, und am leichtesten wird es für die Fabrikanten sein, wenn sie durch Entlassung oder schlechtere Entlohnung ihrer Handlungsgehilfen und Angestellten sparen; denn erstens sind diese schlecht organisiert, und zweitens sind sie in den kleineren Betrieben nur in geringer Zahl vorhanden, so daß ein schärferer organisierter Widerstand nicht zu erwarten ist. Es wird also nötig sein, daß den Angestellten, die durch dieses schöne Gesetz geschädigt werden, ein Anspruch auf Entschädigung gewährt wird. Nun ist von Herrn Abg. Giesberts, wenn ich ihn recht verstanden habe, die Befürchtung ausgesprochen worden, daß eine Anzahl von Fabrikanten aus purem Aerger über die Annahme des Gesetzes vielleicht viele Arbeiterentlassungen vornehmen werden, weil ja leicht Ersatz dafür zu finden sei. Dagegen möchte ich doch einwenden, daß das Zigarrenmachen nicht so einfach ist; selbst die allergeschicktesten Leute können nicht von heute auf morgen das Zigarrenmachen lernen. Es sind dazu Monate und oft Jahre in einzelnen Teilen des Betriebes notwendig, so daß ohne zwingende, im Betrieb liegende Gründe wohl Entlassungen infolge dieses Gesetzes nicht vorgenommen werden. Selbstverständlich sind unter „Arbeitern" und „Angestellten", auch wenn es nicht ausdrücklich gesagt ist, männliche und weibliche Angestellte und Arbeiter zu verstehen. Das entspricht nur der Ausdrucksweise, die auch in anderen Gesetzen angewendet ist. Durch die Anträge, die wir gestellt haben, wollen wir dem Hause ein letztes Mal Gelegenheit geben, zu beweisen, ob es für die Arbeiter nicht nur Prügel, nicht nur schön klingende Worte, sondern auch einmal sozialpolitische Taten hat. Ich bin überzeugt, daß die verschiedenen namentlichen Abstimmungen über das Tabaksteuergesetz innerhalb der nächsten Jahre in der deutschen Politik eine Rolle spielen werden. Ich will nur an eines erinnern: ein großer Teil der in Deutschland maßgebenden Politiker und ihrer Frauen sind in der Bewegung zur Bekämpfung der Tuberkulose tätig. An schönen Reden und an Merkblättern zur Bekämpfung dieser fürchterlichen Volkskrankheit lassen Sie es nicht fehlen; hier wäre Gelegenheit, in ganz bescheidenen Grenzen zu beweisen, daß es Ihnen ernst ist mit den Bestrebungen zur Bekämpfung der Tuberkulose. Denn wer schon seinen Fuß in ein Tabakarbeiterdorf gesetzt hat, der weiß, daß nirgends diese Krankheit so viel Opfer fordert als wie in Gegenden, wo die Tabakindustrie ihr Heim aufgeschlagen hat. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn Sie auf den Friedhof eines solchen Dorfes kommen, wie wir sie in Nordbaden und Mittelbaden eins neben dem anderen haben, so hören Sie, wenn Sie es hören wollen, daß die armen Leute dort meist an der Tuberkulose sterben. Bedenken Sie, daß in den nächsten Jahren durch Ihr Gesetz, durch die Verminderung der Löhne, durch die Arbeitslosigkeit die Tuberkulose weitere Fortschritte machen wird! Denn es ist doch kein Zweifel Tuberkulose ist doch nur ein anderes Wort für die Tatsache, daß Hunderttausende von Menschen in Deutschland zu schlecht ernährt werden (Sehr richtig! b. d. Soz.) und Sie beweisen durch Ihr Eintreten für das Tabaksteuergesetz, daß Sie noch weit entfernt sind von dem Steuerideal, das ein Mitglied der Zentrumspartei als unverrückbaren Stern bezeichnet hat. Ein Mitglied Ihrer Partei (zum Zentrum) hat erklärt, daß es nur einen Weg zur finanziellen Gesundung des Deutschen Reiches gebe, das sei „der Triumph des sozialen Gedankens auf dem Gebiet der Steuerpolitik". (Hört, hört! b. d. Soz.) Dieser Herr Abg. Erzberger war der Herr Abg. Erzberger, der für die Tabaksteuer gehe, der glaube, der Triumph des sozialen Gedankens auf dem Gebiet der Steuerpolitik ist nur durch den Kontingentierungsblock, mit Sand gesetzt wird. (Bei

Nach dieser Rede und der Freisinnige Potthoff, stimmte, und dann Gies bewies, daß die ihm von schmerzhafteste Stelle bei schämend war es für ihn, mann ihn, den angeblich darauf aufmerksam mach Entschädigung heißen müs dann noch in folgender

Ich drücke dem Herrn leid dafür aus, daß er si nationalliberalen Herrn lassen müssen. (Heiterkei selbst von dieser Seite gentierungsantrag Giesbe gegen die Entschädigungs b. d. Soz.), wenn selbst dann muß ich gestehen, er Finsternis. (Heiterkeit u

Der Herr Abg. Gies Gemütsstimmung behaupt zur Tabaksteuerfrage von giftet worden. Ich meine dafür bietet, wie von seite ausschließlich bestimmt w dann ist es die Tabaksteu Tabaksteuer ist von Ihnen sten Bülow los sein woll in der Mitte), und ich g Vertreter christlicher Arbe gen haben sollen als die F (Sehr gut! b. d. Soz.) D sehr stolzer Haltung sich Bühne geworfen und hat standen werden würde. „Kölnischen Volkszeitung" obwohl er ein Arbeiter sei (Heiterkeit b. d. Soz.) Ab arbeiter hat im voraus d Es hat erklärt: „Wir sind zeitung" für die Beantwor (Hört, hört! b. d. Soz.); d und wenn diese Entscheidu reden." (Sehr richtig! b.

Der Herr Abg. Giesbe um alle Konsequenzen sei Abg. Giesberts, wir schätz starken Mann (Heiterkeit) denen Sie, wenn die Gele zug angetreten haben. (S das Wort Zürich nennen.

Es ist von seiten des unseren Wunsch, an Stell „Entschädigungen" zu setzen anderen Gebieten der Sozi stützungen" rede: die Gew stützung und Krankenunter rechtfertigen versucht, daß verständliche Wort „Unter stehen bleibt. Daß die Wortes „Unterstützungen" sind, kann doch der Herr V christlichen Tabakarbeiterbe legen aus der christlichen G tung haben, daß durch di neuen Block nahestehen, die müßte er die Gelegenheit er Kollegen zu zerstreuen. E nichts kostet, ein klein bi Unterredung mit der Regie Giesberts hat ja auch darin links.) Dann wäre die Sa

Ich glaube, daß der A bloß den Wünschen der chr Wünschen eines jeden entsp keit und Billigkeit hat (Seh — darin schließe ich mich d ist kein Zufall, daß Ihr Ve arbeiter zeitlich zusammenf gegen die deutsche Beamtenk durch einen Zwischenruf sic deutete, daß der Herr Abg mission nicht mitgearbeitet Vorwürfe nicht machen soll deutschen Beamten wären f selber etwas weniger mitg hafter Beifall links.)

Partei

Zum Parteitag! Der d reits bekannt gegeben ist, vo statt. Die Adresse des Lo Leipzig, Elsterstraße 14. ausschusses fungiert Genos Weißenfelserstraße 9. Die vorher unter Angabe ihrer anzugeben, welche Preise sie Den Delegierten kann nac Orientierungsmaterial zugeh legierten in Leipzig mit 5 bau zu rechnen haben.

Gewerksch

Die Berliner Putzer (S bewegung eingetreten, eine Verschlechterung der haben. Eine Versammlung solution: „Die versammelten erblicken in der Ueberarbei samten Kollegenschaft und se seitig darauf zu achten, daß ausgedehnt und jede Anme beitszeit zu verlängern, unt wird. Ferner erachten sie dazu angetan ist, die Aufbe den Abschlagslöhnen zu ben pflichten sich, überall dort, w

---

der ein drittes Kind auf dem Arme trug. Er schien sich aber in dieser Situation nicht besonders behaglich zu befinden, denn er schaute, trotz des neuen Lebens, das ihn von allen Seiten umgab, weder rechts noch links um sich. Das half ihm jedoch nur wenig, denn gerade als der kleine Zug die Mitte der Plaza erreicht hatte, rief ihn eine bekannte Stimme an: „Assessor — Donnerwetter, wo wollen Sie hin?"

Der Assessor Möhler drehte etwas scheu den Kopf nach der Seite, von der die Stimme kam, und erkannte seinen alten Schiffskameraden, den Justizrat, der, mit der langen Pfeife im Munde, hinter ihnen drein gekommen war.

„Ah, Herr Justizrat," sagte der Assessor freundlich, „ist mir doch sehr angenehm, Sie auf festem Land begrüßen zu können. Ich gehe, wie Sie sehen, mit der armen Frau Siebert in die Stadt hinauf, in das Kosthaus, in dem ihr seliger Mann gestorben ist."

„Hm, ja, hab's gehört, tut mir leid. Eigentlich verfluchte Geschichte," brummte der Mann des Gerichts, in einem leisen Anflug von Mitgefühl, „na, schad't weiter nichts," setzte er dann aber auch gleich, gewissermaßen als Trost hinzu, „können dann Erbschaft gleich antreten und mit nächstem Schiff wieder umkehren. Heilloses Land, das Kalifornien, fordern einem für ein Pfund schlechten Knasters sieben Dollar ab, noch gar nicht dagewesen. Wie kann eine Frau da existieren?"

Die arme Frau antwortete keine Silbe; der Schmerz und Schreck hatte sie niedergebrochen, und so zuversichtlich, ja selbstbewußt sie auch an Bord dem Leben in Kalifornien entgegengesehen hatte, so niedergedrückt, so tot für alles war sie jetzt. Der Justizrat nahm indessen weiter keine Notiz von ihr und erkundigte sich bei dem Assessor nach seinem Kosthaus, dem er zuging, da er selber das Schiff nur deshalb verlassen hatte, sich einen Wohnplatz auszusuchen, ehe er sein Gepäck an Land schaffte. Da er übrigens die Worte auf seine gewöhnliche barsche Art herauspolterte und sich dabei dicht neben dem Assessor hielt, fing das Kind, das dieser auf dem Arme trug, wieder an zu schreien und wollte sich gar nicht beruhigen lassen. Den Justizrat konnte das allerdings nur wenig abhalten, in seinen Meinungsäußerungen über das Land, von dem er eigentlich noch gar nichts gesehen hatte, fortzufahren; der kleine Einwanderer schien aber entschlossen, das Wort zu behalten. Je lauter der Justizrat sprach, desto mehr schrie das Kind, und die Leute auf der Straße blieben schon stehen, ihnen nachzusehen. War doch auch selbst ein kleines Kind etwas Ungewöhnliches in Kalifornien.

(Fortsetzung folgt.)

der Steuerpolitik". (Hört, hört! b. d. Soz.) Dieser Abgeordnete war der Herr Abg. Erzberger (Lachen links), der dann die Rede für die Tabaksteuer gehalten hat. (Hört, hört! links.) Ich glaube, der Triumph des sozialen Gedankens auf dem Gebiete der Steuerpolitik ist nur möglich, wenn der neue Block, der Kontingentierungsblock, möglichst schnell und gründlich auf den Sand gesetzt wird. (Beifall b. d. Soz.)

Nach dieser Rede unseres Genossen Frank kamen zum Wort der Freisinnige Potthof, welcher den Ausführungen Franks zustimmte, und dann Giesberts, welcher durch seine Gereiztheit bewies, daß die ihm von Frank zuteil gewordenen Prügel die schmerzhafteste Stelle bei ihm getroffen hatten. Besonders beschämend war es für ihn, daß sogar der Nationalliberale Stresemann ihn, den angeblichen Vertreter von Arbeiterinteressen, darauf aufmerksam machen mußte, daß es statt Unterstützung Entschädigung heißen müßte. Unser Genosse Frank leuchtete ihm dann noch in folgender Weise heim:

Ich drücke dem Herrn Abg. Giesberts mein herzliches Beileid dafür aus, daß er sich an Arbeiterfreundlichkeit durch den nationalliberalen Herrn Abg. Stresemann hat übertreffen lassen müssen. (Heiterkeit und Sehr gut! b. d. Soz.) Wenn selbst von dieser Seite anerkannt wird, daß der Kontingentierungsantrag Giesberts nichts weiter ist als ein Schlag gegen die Entschädigungsansprüche der Arbeiter (Sehr richtig! b. d. Soz.), wenn selbst das ihm noch nicht die Augen öffnet, dann muß ich gestehen, er hat vor seinen Augen eine permanente Finsternis. (Heiterkeit und Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Der Herr Abg. Giesberts hat dann in offenbar heiterer Gemütsstimmung behauptet, es sei die sachliche Stellungnahme zur Tabaksteuerfrage von der Linken des Hauses politisch vergiftet worden. Ich meine, wenn eine Steuer ein Schulbeispiel dafür bietet, wie von seiten des Zentrums die sachliche Haltung ausschließlich bestimmt worden ist durch politische Rücksichten, dann ist es die Tabaksteuer. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Tabaksteuer ist von Ihnen bewilligt worden, weil Sie den Fürsten Bülow los sein wollten (Lebh. Zustimmung links; Lachen in der Mitte), und ich glaube, der Herr Abg. Giesberts als Vertreter christlicher Arbeiterorganisationen hätte andere Sorgen haben sollen als die Frage, wer den Kanzlersessel einnimmt. (Sehr gut! b. d. Soz.) Der Herr Abg. Giesberts hat dann in sehr stolzer Haltung sich förmlich selber einen Kranz auf die Bühne geworfen und hat gesagt, daß seine Abstimmung verstanden werden würde. Er ist darin nur dem Beispiel der „Kölnischen Volkszeitung" gefolgt, die ihn gepriesen hat, daß er, obwohl er ein Arbeiter sei, für die Tabaksteuer gestimmt habe. (Heiterkeit b. d. Soz.) Aber das Organ der christlichen Tabakarbeiter hat im voraus die richtige Antwort darauf gegeben. Es hat erklärt: „Wir sind der Ansicht, daß die „Kölnische Volkszeitung" für die Beantwortung dieser Frage nicht zuständig ist (Hört, hört! b. d. Soz.); darüber haben Arbeiter zu entscheiden, und wenn diese Entscheidung gefallen ist, dann möge sie weiter reden." (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Der Herr Abg. Giesberts hat behauptet, er sei stark genug, um alle Konsequenzen seiner Abstimmung zu tragen. Herr Abg. Giesberts, wir schätzen Sie als Kollegen, aber nicht als starken Mann (Heiterkeit); denn wir haben Fälle gehabt, in denen Sie, wenn die Gelegenheit sich bot, sehr tapfer den Rückzug angetreten haben. (Sehr gut! b. d. Soz.) Ich darf nur das Wort Zürich nennen.

Es ist von seiten des Herrn Abg. Giesberts dann gegen unseren Wunsch, an Stelle von „Unterstützungen" das Wort „Entschädigungen" zu setzen, angeführt worden, daß man ja auf anderen Gebieten der sozialen Gesetzgebung auch von „Unterstützungen" rede: die Gewerkschaften haben Arbeitslosenunterstützung und Krankenunterstützung, — und damit hat er zu rechtfertigen versucht, daß in dieser Vorlage das offenbar mißverständliche Wort „Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln" stehen bleibt. Daß die Bedenken gegen die Auslegung des Wortes „Unterstützungen" nicht einfach aus der Luft gegriffen sind, kann doch der Herr Abg. Giesberts aus der Eingabe des christlichen Tabakarbeiterverbandes ersehen. Wenn seine Kollegen aus der christlichen Gewerkschaft heute schon die Befürchtung haben, daß durch die Verwaltungsbehörden, die Ihrem neuen Block nahestehen, diese Auslegung erfolge, so, meine ich, müßte er die Gelegenheit ergreifen, um diese Befürchtung seiner Kollegen zu zerstreuen. Es wäre doch eine Maßregel, die gar nichts kostet, ein klein bißchen Ueberwindung, vielleicht eine Unterredung mit der Regierung von fünf Minuten. Herr Abg. Giesberts hat ja auch darin Uebung. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Dann wäre die Sache geschehen.

Ich glaube, daß der Antrag, den wir gestellt haben, nicht bloß den Wünschen der christlichen Tabakarbeiter, sondern den Wünschen eines jeden entspricht, der Sinn für Recht, Gerechtigkeit und Billigkeit hat (Sehr richtig! b. d. Soz.), und ich meine — darin schließe ich mich dem Herrn Abg. Potthoff an —, es ist kein Zufall, daß Ihr Verhalten gegen die christlichen Tabakarbeiter zeitlich zusammenfällt mit Ihrem seltsamen Vorgehen gegen die deutsche Beamtenschaft. Wenn der Abg. Erzberger vorhin durch einen Zwischenruf sich bemerkbar machen wollte und andeutete, daß der Herr Abg. Potthoff ja in der Beamtenkommission nicht mitgearbeitet habe und deswegen dem Zentrum Vorwürfe nicht machen sollte, dann will ich ihm erwidern: die deutschen Beamten wären froh, wenn der Herr Abg. Erzberger selber etwas weniger mitgearbeitet hätte. (Andauernder lebhafter Beifall links.)

Parteinachrichten.

Zum Parteitag! Der diesjährige Parteitag findet, wie bereits bekannt gegeben ist, vom 12. bis 18. September in Leipzig statt. Die Adresse des Lokalkomitees ist: Richard Lipinski, Leipzig, Elsterstraße 14. Als Vorsitzender des Wohnungsausschusses fungiert Genosse Gustav Orbel, Leipzig-Plagwitz, Weißenfelserstraße 9. Die Delegierten werden gebeten, sich vorher unter Angabe ihrer Adresse in Leipzig anzumelden und anzugeben, welche Preise sie für ein Zimmer ausgeben können. Den Delegierten kann nach der Anmeldung auch das nötige Orientierungsmaterial zugehen, das wertvoll ist, weil die Delegierten in Leipzig mit 5 Bahnhöfen und einem Bahnhofsbau zu rechnen haben.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Berliner Putzer (Maurer) sind in eine Abwehrbewegung eingetreten, nachdem die Unternehmer teilweise eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen vorgenommen haben. Eine Versammlung der Putzer beschloß folgende Resolution: „Die versammelten Putzer Berlins und der Vororte erblicken in der Ueberarbeit eine direkte Schädigung der gesamten Kollegenschaft und sehen es als ihre Pflicht an, gegenseitig darauf zu achten, daß die Arbeitszeit nicht über 5 Uhr ausgedehnt und jede Anmaßung der Unternehmer, die Arbeitszeit zu verlängern, unter allen Umständen zurückgewiesen wird. Ferner erachten sie es an der Zeit, da die Konjunktur dazu angetan ist, die Aufbesserung der Akkordpreise gegenüber den Abschlagslöhnen zu bewirken. Die Versammelten verpflichten sich, überall dort, wo die Preise mit dem Abschlagslohn von 8 Mark pro Tag bei achtstündiger Arbeitszeit nicht im Einklang stehen, am Montag, 12. Juli, an die Unternehmer das Verlangen zu stellen, daß der Träger aus dem Akkordpreis auszuschalten ist, widrigenfalls die Putzer die Arbeit einstellen."

Das lautet etwas anders als der Quatsch, den die bürgerlichen Blätter über die Bewegung der Berliner Putzer verbreiten.

In der Rheinschiffahrt erscheint ein Streik unvermeidlich. Vom Verbande der Maschinisten und Heizer wurde dem Arbeitgeberverband der Vorschlag gemacht, den gekündigten Tarifvertrag bis 31. März 1910 weiter bestehen zu lassen. Der Vorschlag wurde abgelehnt. Die Arbeitgeber bestehen auf den 1. Februar 1911 als Ablaufstermin. Dieser Termin wird aber von den Arbeitern mit Recht verworfen. Am Sonnabend sollte erstmals nach dem Unternehmertarif abgelohnt werden. Machen die Unternehmer die angekündigten Abzüge, so bedeutet dies den Streik. Alle Vorbereitungen dazu sind von seiten der Arbeiter getroffen. Mit Rücksicht auf das Mannheimer Hafengebiet und um eine Aussperrung der Hafenarbeiter und Kranenführer zu verhindern, wird vorläufig kein Generalausstand auf dem Rhein proklamiert. Nur die Oberrheinschiffahrt von Mannheim bis Straßburg—Basel wird für die Boote der Mannheimer Firmen gesperrt.

„Dann müssen Sie eben sterben." Lohndifferenzen sind bei der Firma H. Schöpp, Plüsch- und Möbelfabrik in Wermelskirchen bei Remscheid ausgebrochen. Bereits im Herbst vorigen Jahres wurden ganz erhebliche Lohnreduzierungen vorgenommen. Dasselbe war Mitte März dieses Jahres der Fall, wo den Arbeitern Lohnreduzierungen von 3,60 Mark bis 4,80 Mark pro Woche angekündigt wurden. Auf den Einspruch der Arbeiter gab die Firma nichts. Als ein Arbeiter, dem man statt 2,50 Mk. nur 1,75 Mk. Tagelohn geben wollte, erklärte, daß er von diesem Lohn nicht leben könne, hörte er die lakonische Antwort: „Dann müssen Sie eben sterben, wenn Sie von 1,75 Mark nicht leben können!" Als der Geschäftsführer der dortigen Filiale des Textilarbeiterverbandes vorstellig wurde, bequemte sich die Firma doch, einen Fabrikausschuß anzuerkennen, einen Lohntarif auszuhängen und den angekündigten Lohnabzug auf die Hälfte zu reduzieren. Von dieser Zeit an ging aber auch das Bestreben der Firma Schöpp dahin, die Organisierten aus dem Betriebe hinauszugraulen und die Neueingestellten mit niedrigeren Löhnen abzuspeisen. Nunmehr sind abermals Differenzen ausgebrochen, da die Neueingestellten sich ebenfalls organisierten und den vollen Lohn verlangen. Daraufhin hat die Firma sämtlichen Arbeitern gekündigt und sucht für diese in verschiedenen Zeitungen Ersatz. Vor Arbeitsannahme bei genannter Firma wird gewarnt.

Agitation für den Holzarbeiterverband ist eine politische Angelegenheit. Diese Deduktion ist die neueste Leistung preußischer Justiz, der folgender Sachverhalt zugrunde liegt:

In Festenberg in Schlesien fand im Herbste vorigen Jahres eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt, in der der Arbeitersekretär Neukirch einen Vortrag hielt, in dem er zum Schluß zum Beitritt in den Deutschen Holzarbeiterverband aufforderte. Der Einberufer der Versammlung erhielt darauf einen Strafbefehl von 5 Mark, weil er diese Versammlung, die eine politische Versammlung sein sollte, nicht angemeldet hatte. Da richterliche Entscheidung angerufen wurde, beschäftigte sich das Schöffengericht in Festenberg mit diesem Falle, und kam ebenfalls zu einer Verurteilung, und zwar unter folgender Begründung:

„Die Erörterung wirtschaftlicher Angelegenheiten sei nur Beiwerk, denn der Redner war sich von Anfang an darüber klar, daß die Aenderung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zurzeit nicht angängig sei. Die Hauptsache war die Agitation für den Holzarbeiterverband mit dem ausdrücklichen Zugeständnis, Geld in die Kasse zu bekommen. Die Agitation für den Holzarbeiterverband aber ist eine politische Angelegenheit, denn der Verband ist, wie gerichtsbekannt ist, bestrebt, sozialpolitische Zwecke durch Einwirkung auf die Staatsgewalt zu bewirken. Das Streben von Mitgliedern aber stärkt die Stellung des Verbandes, (!) und ist somit politische Betätigung. Danach ist die Versammlung über den rein wirtschaftlichen Zweck hinausgegangen und dadurch anzeigepflichtig."

Der Verurteilte wollte wissen, woher das Gericht seine Kenntnis von dem politischen Charakter des Verbandes habe, und legte Berufung ein. Das Landgericht in Oels trat darauf dem Urteile erster Instanz mit folgender Begründung bei:

„Der Deutsche Holzarbeiterverband mag sich zur Hauptaufgabe gestellt haben, die wirtschaftliche und soziale Lage seiner Mitglieder und der gewerblichen Arbeiter durch die Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu heben. Dieses Streben soll sich indessen nicht allein im Rahmen der bestehenden Gesetze auf das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern beschränken. Vielmehr hat sich der Holzarbeiterverband, wie jede freie Gewerkschaft, ein weiteres Arbeitsfeld gesetzt. Er will durch die Größe und Geschlossenheit seiner Organisation und durch die Masse seiner hinter ihm stehenden Mitglieder eine politische Macht werden und Einwirkung erlangen auf den Staat, seine Gesetzgebung, seine Institutionen und die internationalen Beziehungen. Diese politische Betätigung der freien Gewerkschaften als Zweck der Organisation gibt der Arbeitersekretär Timm aus München in seinem vor dem sozialwissenschaftlichen Studentenverein daselbst gehaltenen Vortrag unumwunden zu, indem er seitens der Gewerkschaften eine Einwirkung auf das Vereins- und Koalitionsrecht, die Handelsvertragspolitik und die gewerbliche Gesetzgebung verlangt, und die Neutralität in diesen politischen Fragen als dem Wesen der freien Gewerkschaften widersprechend verwirft. (Vergl. Joh. Timm „Aus dem Entwickelungsgang der deutschen Gewerkschaftsbewegung". 2. Aufl. München 1902, S. 12, 23, 26, 29, 31, 32 und 33.)"

Zu den Urteilen wäre recht viel Kritisches zu bemerken. Wir wollen uns darauf beschränken, zu sagen, daß die Gerichte es unterließen, an konkreten Fällen den Nachweis zu führen, daß der Holzarbeiterverband sich politisch betätigt hat. Lediglich weil ihnen ein Vortragender, der auf den Holzarbeiterverband nicht den allergeringsten Einfluß hat, den Gewerkschaften im allgemeinen politische Aufgaben vorwies, wird der Holzarbeiterverband zu einem politischen Vereine deklariert. — Genosse Timm hat es sich sicher nicht träumen lassen, noch einmal als Eideshelfer gegen die Gewerkschaften aufgeführt zu werden.

Da die Revisionsinstanz ebenfalls über die eigenartigen „Feststellungen" des Landgerichts nicht hinwegkam, wurde die Revision auch vom Oberlandesgericht in Breslau verworfen. Das Urteil ist somit rechtskräftig geworden. — Führwahr eine Musterleistung schlesischer Justiz!

Woher der Mitgliederrückgang in der deutschen Gewerkschaftsbewegung kommt, hat nun endlich die Halbmonatsschrift des „Bundes vaterländischer Vereine", die „Deutsche Treue", entdeckt. Dieses Blättchen meint nämlich:

„Daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung nur durch den widerlichsten Zwang groß geworden ist, zeigt recht deutlich die Abnahme der Mitglieder im verflossenen Jahre bei allen Gewerkschaftseinrichtungen."

Apropos! Ob die Mitglieder abgenommen haben, darüber führen wir zwar keine Statistik, aber es wäre immerhin möglich, daß in den mageren Jahren der Krise manches Gewerkschaftsmitglied auch an Körpergewicht abgenommen hat. Die geistreiche Benennung: Bei allen Gewerkschafts„einrichtungen" macht den Kohl noch fetter. Weiter heißt es dann:

„Jetzt bei der schlechten Geschäftslage kann dieser Zwang nicht so ausgeübt werden, und die Folge davon ist die Massenflucht aus den Gewerkschaften."

Daß der Zwang — alias Terrorismus — auch zur Jetztzeit ausgeübt wird, darüber leiern diese „Vaterlandsfreunde" doch täglich ihr altes Lied. Warum zum Teufel sollte denn jetzt der Zwang auch weniger ausgeübt werden können? Mit ihm steht es doch nicht wie mit der Geistesarmut der Vaterlandsfreunde, die dann anscheinend den größten Tiefstand hat, wenn das Thermometer am höchsten steht.

Die Dienstboten-Organisation. Mit der Gründung des Zentralverbandes der Hausangestellten durch die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist die Möglichkeit geschaffen, auch endlich die Dienstboten, die rechtlos und schutzlos ihren Dienstgebern, den Herrschaften, ausgeliefert sind, unter einen selbstgeschaffenen Schutz zu stellen. Nach den Gesindeordnungen, welche als Gesetze für die Dienstboten gelten, dürfen diese weder über ihre Zeit, noch über ihre Person verfügen, müssen sich allen Anordnungen der Herrschaft unterwerfen, sollen sich beschimpfen lassen, ohne zu widersprechen, sich schlagen lassen, ohne Genugtuung zu fordern. Sie sind somit vollständig dem mehr oder weniger guten Willen der Herrschaft unterstellt. Die täglichen Vorkommnisse, die die Tagespresse schildert, beweisen, daß diese Gesetze noch immer in der schroffsten Form angewandt werden. Wenn sich trotz alledem immer noch Arbeitskräfte finden, die sich in diese Abhängigkeit begeben, so deshalb, weil die Notwendigkeit, sich ihr Brot zu verdienen, sie dazu zwingt, und die Gesetze ihnen zumeist unbekannt sind. Sie wissen nicht, daß sie mit dem guten Willen zu arbeiten und sich zu ernähren, zugleich das freie Verfügungsrecht über ihre Person, ihre Kraft, ihre ganze Zeit, ja oftmals auch ihre Gesundheit opfern müssen. Und wenn wir nun fragen, wer ist es denn, der diese Arbeitskräfte für die Herrschenden stellt, wem wird denn zugemutet, die schmutzigsten Arbeiten für geringen Lohn und bei oftmals ungehöriger Behandlung und bei oftmals ungenügender Kost zu verrichten?

Wem bieten diese Herrschaften mangelhafte Lagerstätten, ohne für einen wohnlichen Raum zu sorgen? Es sind die Kinder unserer Arbeiterschaft, die so ausgenutzt werden, die Unrecht aller Art über sich ergehen lassen müssen. Es sind die Kinder derselben Arbeiterschaft, die sich selbst im täglichen Frondienst den Besitzenden opfern muß und die denselben Herrschaften auch ihre Kinder zur Ausbeutung überläßt. Soll und darf dies weiter so geschehen? Die Arbeiterschaft kennt den Wert der Organisation, sie weiß, daß sich die Gewerkschaften Achtung und Beachtung errungen haben und daß viele Besserungen besonders in bezug auf den Lohn, verkürzte Arbeitszeit und andere kulturelle Vorteile errungen wurden. Auch den Dienstboten soll geholfen werden. Der Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands hat sich die Erringung besserer Arbeits- und Lebensbedingungen für die Dienstboten zur Aufgabe gemacht. Für diese entrechtetste Gruppe der Arbeiterschaft ist die Möglichkeit gegeben, Besserungen im Beruf zu schaffen, wenn sich der größte Teil aller derer, die zu den Dienstboten zählen, dem Verbande der Hausangestellten anschließen. Gerade die Dienstboten, die in ihrer Einzelstellung schwer erreichbar sind, sie alle herauszuholen aus ihrer Vereinsamung und sie ihren Kollegen und Kolleginnen anzugliedern, um gemeinsam zu erreichen, was der Einzelnen verweigert wird, sollen uns alle Arbeiter und Arbeiterinnen, Männer und Frauen helfen. Ihr alle habt das größte Interesse daran, die rechtliche und wirtschaftliche Lage der Dienstboten zu heben, die Aufklärung in ihre Reihen zu tragen. Beim Berufswechsel, der nicht selten vorkommt, kommt die geleistete Vorarbeit in der Dienstboten-Organisation der Gewerkschaft wieder zugute. Den Frauen wie Männern der Arbeiterschaft wird das aufgeklärte Dienstmädchen als Arbeitskollegin keine Konkurrentin, sondern eine Mitstreiterin sein. Als Arbeiterfrauen werden die Dienstboten ihren Männern in ihrem politischen und gewerkschaftlichen Kampfe nicht hindernd im Wege, sondern fördernd zur Seite stehen. Ueberall erblicken wir nur Vorteile, die die Aufklärung unter den Dienstboten, die Zuführung zu ihrer Organisation, dem Verbande der Hausangestellten, nötig macht. Im Interesse unserer Ideen und Bestrebungen, im Interesse der gesamten Arbeiterschaft liegt es, wenn alle Männer und Frauen an der Organisation der Dienstboten ernstlich mitarbeiten.

In fast jeder Arbeiterfamilie ist wenigstens ein Dienstmädchen als Verwandte oder Bekannte anzutreffen. Kein organisierter Arbeiter, keine Arbeiterin sollte versäumen, hier ihre Pflicht zu tun.

Meldungen zur Mitarbeit können erfolgen bei dem Zentral-Verband der Hausangestellten Deutschlands, Sitz Berlin, Michaelkirchplatz 1. Ortsgruppen. Berlin, Michaelkirchplatz 1, II. Bremen, Gutenbergstraße 29, R. Ulrich. Breslau, Nikolaistraße 18/19, Arbeitersekretariat. Frankfurt a. M., Stolzestraße 13, II, Zimmer 27. Hamburg, Besenbinderhof 57, II. Hannover, Luisenstraße 2. Heidelberg, Neugasse 5. Jena, Arbeitersekretariat, Schloßstraße 19. Leipzig, Arbeitersekretariat, Zeitzerstraße 32. Lübeck, Johannisstraße 48. Mannheim, Gewerkschaftshaus, F. 4, 9. München, Löwengrube 17. Nürnberg, Breitegasse 25/27. Stuttgart, Arbeitersekretariat, Eßlingerstraße 19. Wiesbaden, Wellritzstraße 41. Rüstringen-Wilhelmshaven, Fr. Osterkamp in Neuenende, Edo Wiemkenstraße 3b. Zeitz Steingraben, Fr. Flemming.

Eine Bauarbeiterschutz-Konferenz für Rheinland-Westfalen, für den Bereich der rheinisch-westfälischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft, tagte am Sonntag, 11. d. M., im Gewerkschaftshause in Düsseldorf. Auf ihr waren vertreten 16 Bauarbeiterschutz-Kommissionen durch je einen Delegierten, ferner 23 Städte mit 135 Delegierten. Die überaus reichhaltige Tagesordnung, die u. a. Referate über die „Mißstände im Hoch- und Tiefbau", über „Baupolizeiliche Vorschriften in Rheinland-Westfalen" und „Die Forderungen der baugewerblichen Arbeiter nach reichsgesetzlicher Regelung des Bauarbeiterschutzes" brachte, beschäftigte die Versammelten bis zum Abend. Lebhafte Diskussionen knüpften sich an die Referate an. In den drei angenommenen Resolutionen fordert die Konferenz einheitliche Normalvorschriften unter Berücksichtigung der Vorschläge der Arbeiter zum Schutze gegen Unfälle und Gesundheitsgefahren auf den Bauten, Anstellung von Baukontrolleuren aus dem Arbeiterstande; ferner für das Maler- und Lackierergewerbe ein reichsgesetzliches Verbot aller bleihaltigen Farben, da die Bundesratsvorschriften nicht allgemein durchgeführt werden können, und für die für Steinarbeiter bestehenden Bundesratsverordnungen ebenfalls eine bessere Baukontrolle. Wie berechtigt diese Forderung nach mehr Schutz für die Bauarbeiter ist, zeigt das Ergebnis einer von den Arbeiterorganisationen aufgenommenen Baukontrolle in Rheinland und Westfalen, die sich auf 37,

Städte erstreckte. An diesen Bauten waren insgesamt 33 320 Arbeiter beschäftigt. Gerüste in nicht brauchbarem Zustande waren 557, nicht genügend abgesteift waren 417, Randbretter fehlten 539, Brustwehren 795, Untergerüste 545, Schutzdächer 603, ungenügende Schutzboden waren 214, Fanggerüste fehlten 136, Fangleinen fehlten 90, Leitergänge waren schlecht 286, Leitern, die nicht gegen Umschlagen und Ausrutschen gesichert waren, 294, Balkenlagen waren nicht abgedeckt 542, Treppenhäuser waren 765 nicht abgedeckt, Baubuden fehlten 388, Baubuden, die nicht genügend Raum boten, wurden 222 angetroffen, wetterundicht waren 457 Baubuden, Fußboden fehlten in 267 Fällen, Fenster fehlten in 728 Baubuden, die Fenster waren in 502 Fällen nicht zu öffnen, 230 Baubuden hatten keine Sitzgelegenheit, Material lagerte in 558 Baubuden. In einer überaus großen Anzahl war die Beschaffenheit der Aborte zu beanstanden. Der Verbandkasten fehlte an 1047 Arbeitsplätzen. An 532 Arbeitsplätzen fehlten die Unfallverhütungsvorschriften.

Der Streik in der Wolgaster Holzindustrie ist durch Abschluß eines Tarifvertrages zugunsten der Arbeiter beendet worden. Gleichzeitig ist die Bewegung in der Farbholzfabrik zu Wolgast zugunsten der Arbeiter beendet worden. Die Arbeiter erreichten eine Stundenlohnerhöhung von 2 Pfg. Der Vertrag gilt auf 2 Jahre. Sämtliche Arbeiter sollen in den Betrieben wieder eingestellt werden.

Zu unserer Notiz „Unterschlagungen in den freien Gewerkschaften" werden wir von dem Metallarbeiterverband darauf aufmerksam gemacht, daß der Etat des Verbandes nicht 4½ Millionen betrage, sondern über 11½ Millionen Mark. Damit fallen die Gegenüberstellungen noch viel mehr zugunsten des Metallarbeiterverbandes aus.

Der Verband der Maschinisten und Heizer hat über alle den Oberrhein befahrenden Schiffe die Sperre verhängt, da der Arbeitgeberverband-Mannheim beschloß, vom letzten Sonnabend ab eine Lohnkürzung von 2 bis 3 Mk. pro Woche und eine Verlängerung der Arbeitszeit eintreten zu lassen.

Industrie, Handel und Verkehr.

Ki. **Es ist erreicht! Die Erneuerung des Kali-Syndikats.** Würden Arbeiter über Berufsfragen Auseinandersetzungen pflegen, wie sie bei den Verhandlungen zur Erneuerung des Kali-Syndikats Tage hindurch von den Kali-Industriellen geführt wurden, dann würde die bürgerliche Presse über den bedauerlichen geistigen und sittlichen Tiefstand der Versammlungsteilnehmer gar nicht genug zu erzählen wissen, sie würde in Betrachtungen über den Sauherdenton und eine unerträgliche Verrohung zeigen, daß die kostbaren Kulturgüter der bürgerlichen Welt in Gefahr gerieten, wenn solche Leute am Ende zu einer Herrschaft im Staate kämen. Gewiß haben auch Arbeiterversammlungen schon manchmal einen stürmischen Verlauf genommen, aber die skandalösen und widerlichen Gepflogenheiten, die bei den Beratungen der Kali-Industriellen üblich sind, wären in jeder Arbeiterversammlung schlechterdings unmöglich. Die Würdelosigkeit und Schmähsucht, die in den Debatten der Kali-Interessenten geradezu Orgien feiern, bleiben unbestrittenes Vorrecht der Herren von Besitz und Bildung. Unter solchen Formen ist denn am 8. Juli, wie nicht anders zu erwarten war, schließlich das neue Kali-Syndikat wieder zustande gekommen. Ganz ist der Abschluß noch nicht perfekt, die außersyndikatlichen Verkaufsverträge der Kaligesellschaften Aschersleben und Sollstedt, die in den wenigen Minuten zwischen dem Ablauf des alten Syndikats-Vertrages und seiner provisorischen Erneuerung erfolgt waren, sollen dem Aufsichtsrat des bestehenden Syndikats zur Einsicht vorgelegt werden, der alsdann bis zum 23. Juli zu entscheiden hat, ob die Verträge durch das neue Syndikat übernommen werden oder nicht. Auch über diese Punkte wird eine Einigung zweifellos erzielt werden, die Börse sah die Erneuerung des Syndikats bereits als vollzogen an und begrüßte diese Einigung mit einer Hausse in Kaliwerten. Die Agrarier, die nicht nur als Kali-Bezieher an der Gestaltung der Kali-Industrie interessiert sind, führende Kreise des Bundes der Landwirte haben im vorigen Jahre das Kaliwerk Eilsleben-Ummendorf errichtet, drängten die Regierung zu der Erklärung, daß sie bei einer Nichterneuerung des Syndikats zur Einführung eines Kali-Ausfuhrzolles zu schreiten beabsichtige. Diese Drohung gegen die einem Syndikats-Anschluß scheinbar abgeneigten Kaliwerke hat der preußische Handelsminister Delbrück im Reichstage denn auch ausgesprochen, ein Vorgang, der selbst in Preußen-Deutschland im Zeichen des Schnapsblocks ungewöhnlich ist. Die bedingungs- und bedenkenlose Begeisterung der Großagrarier für die Geschlossenheit des Syndikats hat merkwürdigerweise auch dadurch keinen Abbruch gelitten, daß das neue Syndikat sich mit der festen Absicht einer beträchtlichen Erhöhung der Inlandspreise für Kali trägt. Die Bauern werden bluten müssen, die reichen Großgrundbesitzer können sich für die teueren Preise durch Beteiligung an dem bündlerischen Kaliwerk und anderen Gesellschaften schadlos halten.

Gerichtliches.

** **Bielefeld**, 10. Juli. Strafkammer. Der Fabrikarbeiter Gottlieb Heidbreder von Sieker war vom Schöffengericht zu Bielefeld wegen Gefangenenbefreiung mit 3 Wochen Gefängnis bestraft, wogegen er Berufung eingelegt hatte. Auch die heutige Beweisaufnahme ergab die Schuld des Angeklagten. Die Strafkammer sah die Tat viel milder an, hob das erste Urteil auf und verurteilte den Angeklagten zu einer Woche Gefängnis.

Der Schlossermeister Wilhelm Schürmann von Isselhorst hatte sich wegen Vergehens gegen die Reichsgewerbeordnung zu verantworten. Er war vom Schöffengericht zu Gütersloh zu einer Geldstrafe von 30 Mark ev. 6 Tagen Gefängnis verurteilt und hatte Berufung eingelegt. Da heute der als Gutachter vernommene Gewerberat Trauthahn bekundete, daß der Angeklagte bei dem Baue einer Fabrik die baugewerblichen Anordnungen beobachtet hat und eine Anzeige irrtümlich erfolgt ist, wurde das erste Urteil aufgehoben und der Angeklagte kostenlos freigesprochen.

Die jugendlichen Arbeiter Büsing und Steinbach von hier wollten die Arbeitsstätte einer jungen Plätterin feststellen. Sie gaben sich als Arbeiter des Elektrizitätswerks aus und betraten eine hiesige Plätterei unter dem Vorgeben, die Leitung auszumessen. Wenn ihnen auch ihr Vorhaben glückte, so kam doch das dicke Ende in Gestalt einer Anklage wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs nach. Das Schöffengericht hatte nur einfachen Hausfriedensbruch angenommen, und da der erforderliche Strafantrag nicht gestellt war, das Verfahren eingestellt. Gegen dieses Urteil war von seiten der Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt worden. Die Strafkammer nahm gemeinschaftlichen Hausfriedensbruch an und verurteilte die Angeklagten unter Aufhebung des ersten Urteils zu je einer Woche Gefängnis.

Im Mai v. J. wurden in Schildesche und Umgebung mehrere Einbruchsdiebstähle ausgeführt. So wurden auf der Klarhorstschen Ziegelei allein für 300 Mk. Fleischwaren, in Schildesche mit Diebeswerkzeugen, welche die Diebe auf einer anderen Ziegelei gestohlen hatten, bei dem Kaufmann Sudfeld ein Einbruchsdiebstahl ausgeführt; hier waren den Dieben außer 18 Mark Bargeld noch Jacken und Kleiderstoffe in die Hände gefallen. Die Diebe hatten ihre Exkursionen bis nach Brake und sogar bis Oerlinghausen ausgedehnt, wo ihnen noch einiges Bargeld in die Hände gefallen ist. Der Schildescher Polizei gelang es, als der Tat dringend verdächtig die aus Moorburg entflohenen Fürsorgezöglinge Friedrich Stange, Friedrich Neumann und Gustav Göbel festzunehmen. Die Strafkammer erkannte gegen Göbel wegen schweren Diebstahls in 4 Fällen und einfachen Diebstahls in 3 Fällen und Sachbeschädigung auf 2 Jahre Gefängnis und wegen Bettelns auf 1 Woche Haft. Neumann erhielt wegen einfachen Diebstahls 3 Wochen Gefängnis. Das Verfahren gegen Stange wurde abgetrennt.

Die Meteorologie des Mars.

(Nachdr. verb.)

Soviel auch schon über den Mars geschrieben und gearbeitet worden ist, von der Meteorologie dieses Planeten wissen wir doch noch immer sehr wenig. Mit einiger Sicherheit wissen wir eigentlich nur, daß die Marsatmosphäre kaum ein Viertel der Dichte unserer Erdatmosphäre besitzt. Mit diesem Umstande verschieben sich die Wetterverhältnisse auf dem Mars natürlich sehr stark gegen die irdischen, weil die Atmosphäre und ihre Dichte für den Wärmehaushalt eines von der Sonne bestrahlten Planetenkörpers von wesentlicher Bedeutung ist. Nicht etwa, daß davon die innere Wärme der Planeten so stark beeinflußt würde! Darauf kommt es aber auch bei den Wetterverhältnissen weniger an. Es ist vielmehr hier nur von der Oberfläche des Planeten die Rede; denn an den Wettervorgängen nehmen bloß die Atmosphäre und eine ganz dünne Schicht der Oberfläche wesentlichen Anteil.

Wenn die Sonne einen Planeten bestrahlt, so muß die Sonnenwärme zuerst die Atmosphäre durchdringen. Dabei wird schon ein Teil der eingestrahlten Wärme verschluckt. Dieser Teil geht durch Ausstrahlung in den kalten Weltraum wieder verloren, ohne daß er der Planetenoberfläche direkt zugute kommt. Nur indirekt ist das der Fall, weil die wärmere Luftschicht oben die sonstige Ausstrahlung der Oberfläche etwas verzögert. Ein Teil der Sonnenwärme erreicht aber die Planetenoberfläche, dringt in sie ein und erwärmt sie. Diese Erwärmung geht aber bei denjenigen Planeten, die nur kurze Zeit der Sonnenstrahlung ausgesetzt sind, d. h. einen kurzen Tag haben, bloß ganz oberflächlich vor sich. Die Erde z. B. kann nur während des Tages Sonnenwärme empfangen, während in der Nacht die wärmende Sonne fehlt. Die geringe Dichte der Atmosphäre vermag nicht, die empfangene Wärme festzuhalten; sie strahlt sie während der Nacht wieder aus. Aber auch die Erdoberfläche selbst tut das und gibt zudem noch Wärme an die überlagernde und sich schneller als sie abkühlende Luft ab. Dieser Vorgang geschieht bei der festen Erdoberfläche in höherem Maße als bei dem Wasser, in das die Wärme tiefer eindringen kann, so daß viel mehr Masse an dem Wärmeaustausch teilnimmt. Er geht daher in diesem Falle viel langsamer vor sich, so daß das Meer eine regulierende, nivellierende Wirkung auf das Klima ausübt. In der Erdatmosphäre spielen aber auch die Wolken noch eine wichtige Rolle. Sie halten die Wärme zurück und verhindern die allzu starke Ausstrahlung während der Nacht. Ueberall, wo sie fehlen, tritt daher stärkere und schnellere Abkühlung ein. In den Tropen z. B. fehlen in den Nächten die Wolken; der Himmel ist viel klarer und die Luft reiner. Der heißen Tagestemperatur folgt eine sehr schnelle Abkühlung, sowie die Sonne unter den Horizont gesunken ist. Man beobachtet daher auf die unerträgliche Hitze am Tage in den Tropen nicht selten Eis- und Reifbildung in der Nacht. In den gemäßigten Zonen ist der Wolkengürtel durchschnittlich dichter, er konserviert die Wärme mehr und bringt nicht so starke Temperaturstürze zwischen Tag und Nacht zuwege wie in den heißen Gegenden. Zu alledem ist die Kultur in diesen Gegenden besonders verbreitet und mit ihr die Industrie. Die Fabrikschornsteine und gewerblichen Anlagen stoßen alltäglich gewaltige Mengen Rauch in die Luft, die der Wolkenbildung Vorschub leisten. Aus diesem Grunde ist der Wolkengürtel der gemäßigten Zonen auf der Erde stärker als in den heißen Gegenden. Mit dem Rauch aber werden auch große Massen Kohlensäure in die Luft befördert, und diese nehmen nach neueren Untersuchungen an dem Wärmeaustausch einen wesentlichen Anteil, weil die Kohlensäure die Wärme lange nicht in dem gleichen Maße durchläßt wie die reine Luft. Verhältnismäßig geringe Aenderungen in der Zusammensetzung der Luft können, wenn daran die Kohlensäure beteiligt ist, einen sehr großen Einfluß auf den Wärmeaustausch nehmen. Ueber diese Verhältnisse können sich die Leser in dem schon mehrfach erwähnten Buche von Arrhenius über „Das Werden der Welten" orientieren; wir verweisen darauf.

Was hier an dem Beispiel der Erde erörtert wurde, gilt für jeden anderen Planeten auch. Je klarer und dünner die Luft ist, desto mehr fehlen die Bedingungen, die eingestrahlte Sonnenwärme festzuhalten. Mars hat eine sehr dünne Atmosphäre, wie wir wissen. Seine Luftschicht kann keine so große Wärmebilanzen aufweisen wie die Erde. Einstrahlung und Ausstrahlung der Sonnenwärme gehen viel ungehinderter vor sich. Die ausgleichenden Luftströmungen zwischen den verschiedenen Breiten sind sehr viel schwächer und damit die Temperaturgegensätze größer und unvermittelter als bei uns. Nach der Meinung des rühmlichst bekannten amerikanischen Astronomen Simon Newcomb, der über dieses Thema kürzlich einen Aufsatz veröffentlicht hat, sinkt die Temperatur der Marsoberfläche des Nachts viel tiefer unter den Eispunkt als irgendwo auf der Erde, und etwa vorhandenes Wasser auf dem Mars soll in der Nacht stets zu Eis gefrieren und sich tief unter den Eispunkt abkühlen, sowohl an den Aequator- wie an den Polargegenden. Nun ist ja die Sonnenstrahlung auf der Marsoberfläche lange nicht so stark wie auf der Erde; sie beträgt bei weitem noch nicht die Hälfte, so daß an der Aequatorzone nach Newcombs Meinung schwerlich mehr als 2 bis 5 Zentimeter Eis an jedem Marstage abschmelzen können. Es ist wohl zweifellos, daß unter der Mittagssonne die Temperatur der Marsluft wie auch des Bodens über den Gefrierpunkt ansteigt. Dennoch geht die ganze Wärme wieder schnell verloren, wenn die Sonne unter den Horizont hinabsinkt. Die Polargegenden des Mars werden wahrscheinlich nie die Temperatur des Gefrierpunktes überschreiten. Es ist daher naheliegend, die weißen mit den Jahreszeiten veränderlichen Polarflecken als Schnee- und Eisflächen anzusprechen, deren Entwicklung natürlich mit den Jahreszeiten gleichläuft. Newcomb aber erklärt sie etwas anders. Er meint, daß sich bei großer Kälte die Luftfeuchtigkeit in der Form kleiner glitzernder schneeweißer Eiskristalle aus der Luft ausscheidet und den Boden in ganz dünner Schicht andauernd bedeckt. Sie müßte eigentlich unveränderlich bleiben, da ja die Temperatur stets unter dem Eispunkt liegen soll, wenn nicht auch Eis und Schnee langsam verdunsteten und unter dem Einfluß der im ganzen etwas wärmeren Jahreszeit zurückgingen, weil eben bei höherer Temperatur die Verdunstung von Eis und Schnee auch größer ist. Während man gemeinhin glaubt, daß die Marspole mit dicken Eisschichten überdeckt sind, meint Newcomb, es seien bloß ganz dünne Reifdecken vorhanden. Die Witterungsvorgänge spielen sich nach seiner Meinung ebenso ab wie auf der Erde, bloß viel langsamer, weil sie eben bei niederer Temperatur verlaufen als hier. An die Stelle der Schnee- und Eisbildung trete Reifbildung, wobei sich die Maße von Meter und Zentimeter in Millimeter und Bruchteile derselben verwandeln. Aehnliches soll auch von den Windbewegungen gelten, die ja sicher mit der Größe des betreffenden Himmelskörpers gewaltig zunehmen und für Jupiter zweifellos Größen erreichen, die wir hier auf der Erde überhaupt nicht kennen. Felix Linke.

Kleines Feuilleton.

UC. **Seelische Wirkungen der Technik.** In einem Vortrage des Herrn Dr. Goldstein über dieses Thema im Fränkisch-Oberpfälzischen Bezirksvereine Deutscher Ingenieure entwickelte der genannte Redner als vierten Punkt das Unverhältnismäßige zwischen der Erfindung und ihren seelischen Wirkungen. Im Vergleich zu den neuen Gedanken und Gefühlen, die eine neue Erfindung auslöst, ist die Erfindung selbst gering. Als Beispiele für solche unvorhersehbaren seelischen Auslösungen der neuzeitlichen Technik nennt er: 1. den neuzeitlichen Frauenindividualismus: die mobilisierte Bedürfnisdeckung hat die Frau von einem großen Teile die Arbeit im Hause befreit; 2. die Rassenfrage, denn die Verkehrstechnik hat fremde Rassen plötzlich in Reaktionsnähe der Kulturzentren gebracht; 3. die Erstarkung der Enthaltsamkeitsbewegung, denn die gesteigerte Technik erfordert Nüchternheit. Die seelische Leistungsfähigkeit des ganzen Menschen ist durch die neuzeitliche Technik mit ihrer Erhöhung der Massen, Drücke, Temperaturen und Geschwindigkeiten viel intensiver gemacht worden. Man kann wohl die Frage aufwerfen, ob denn Menschen aus alter Zeit in unserer Zeit mit ihren gesteigerten physischen und psychischen Anforderungen auf die Dauer überhaupt ohne Schädigung leben könnten und wie wir selbst aus diesem Prozeß hervorgehen werden.

Für die Stellung des Menschen im Weltall bedeutet die Technik jedenfalls etwas ganz Neues. Auch die Auffassung des geschichtlichen Lebens sei durch die Technik verändert worden. Bis zur Erfindung der Dampfmaschine waren technische Leistungen nur gesteigerte menschliche oder tierische Leistungen. Daher war der Mensch bis zum 19. Jahrhundert das Maß der Dinge und der möglichen Leistungen. Mit der neuzeitlichen Technik, die nicht mehr die Hand des Menschen nachahmt und eine durch Menschenkraft nicht zu leistende räumliche Verdichtung mechanischer Arbeitsleistungen vornimmt, hat der Mensch aufgehört, das Maß der Dinge und der möglichen Leistungen zu sein. Neben Copernicus und Darwin sei Watt zu nennen, wenn wir von der exzentrischen Stellung des Menschen im All sprächen. Durch Watt hätten wir zugleich ein neues Lebensgefühl gegenüber der Geschichte bekommen; wir bewegten uns geschichtlich nicht mehr im Kreise, wir „stürmten vielmehr tangential davon". Goldstein meinte damit nicht die Ausdehnung der menschlichen Unternehmungen ins Unendliche, sondern die Entstehung von heute noch unabsehbaren technischen Möglichkeiten, wie für unsere Vorfahren beispielsweise die Erfindung des Telephons, des lenkbaren Luftschiffes und anderer Wunder der Technik sein würden. Somit sei das Symbol der Geschichte nicht mehr der Kreis, sondern die Hyperbel (eine mit zwei Aesten sich ins Endlose erstreckende Kurve). Mit der unabsehbaren Entwicklung der Technik ist zweifellos ein Stück Vernunftwidrigkeit in unser menschliches Dasein gekommen. Dem rastlosen Fortschritt überall kann der Einzelne überhaupt nicht mehr folgen. Die Endlichkeit der geistigen und finanziellen Mittel setzt jedenfalls dem Fortschritt nach gewissen Richtungen hin Grenzen, wenigstens für das Einzelindividuum. Aber es ist gerade einer der größten Vorteile, den uns die Technik gelehrt hat, daß wir mehr ab vom Einzelindividuum und seinem unbedingten Kultus kommen, daß wir mehr auf das Gesellschaftliche hingewiesen werden — zweifellos ein sehr viel höherer Standpunkt, den uns die großen Soziologen und Historiker der Neuzeit, von anderen Grundlagen ausgehend, schon gelehrt haben.

Fünf Minuten Zwangsarbeit. Das ist die neueste gerichtliche Strafe, die jetzt in Chikago von den Richtern verhängt worden ist. Vor dem Richtertisch erschien ein armer Bursche, der durch eine Ironie des Schicksals den Namen Dollar führte, aber auch nicht einen Cent besessen hat. Er litt Hunger, fand keine Arbeit und stahl schließlich drei Hühner, die er erdrosselte und essen wollte. Aber das Schicksal gönnte ihm nicht das Mahl. Zwei Gendarmen nahmen den armen Dollar fest, man sperrte ihn in eine enge Gefängniszelle, und hier hat er mehrere Monate lang geweilt, bis er jetzt endlich seinen Richtern vorgeführt wurde. Die Herren am Gerichtstisch hatten ein Einsehen mit dem jungen Hühnerräuber, der nur unter dem Drucke der Not sich an dem Federvieh vergriffen hatte und dessen „Strafe" in der mehrmonatigen Untersuchungshaft tausendfach verbüßt war. Als es zur Urteilsverkündung kam, erklärten ihn die Richter für schuldig und verurteilten ihn zu — 5 Minuten Zwangsarbeit. Zwei Gefängniswärter führten den Verurteilten sofort ins Nebenzimmer, um ihm dort Gefängniskleider anzulegen und die übliche Dusche zu geben, die stets vor dem Betreten der Arbeitsabteilung verabfolgt wird. Die Beamten waren mit ihrer Pflicht noch nicht fertig, als bereits ein Gerichtsdiener erschien, um dem armen Dollar zu verkünden, daß seine fünf Minuten Zwangsarbeit verstrichen seien und er nunmehr frei wäre.

Vereins-Kalender.

Mittwoch.

Arbeiter-Sängervereinigung Bielefeld 8½ Uhr bei Schneider, Kampstraße.
Gesangverein „Liederblüte" 9 Uhr bei Hagemann, Heeperstraße.
„Sängerhain" 9 Uhr bei Kickert, Ehlentrupperweg.
Freie Turnerschaft Bielefeld, Abt. „Vorwärts" 8½ Uhr bei Freudenau, Heeperstraße. (Damen-Abteilung.)
Arbeiter-Turnverein „Westfalia" 8½ Uhr bei Holz, Restaurant zum Siegfried: Männer-Riege.
Radfahrerklub „Vorwärts" 9 Uhr bei Imkamp, Engerscheistr. 1.
Radfahrerverein „Dornberg" 8 Uhr bei Indiestel, Bürgerweg.
Radfahrerver. „Ruhig voran" bei Apenbrink, Herforderstr. 242.
Freie Radfahrer-Vereinigung, Abteilung 5, 9 Uhr bei Apenbrink.
Guttemplerorden. Loge Ravensberg. 8½ Uhr. Gr. Kurfürstenstraße 51.
Guttemplerloge „Frei und beständig" 8½ Uhr bei Viertmann, Bürgerweg 16.
Skatklub „Gut Glück" 9 Uhr bei Schneider, Kamphofstraße.
Sieker. Radfahrer-Verein „Corona" 9 Uhr bei Wöhler.
Sudbrak. Arbeiter-Turnverein „Frisch Auf" (Altersriege) 9 Uhr bei Wirt Fohrmann.
Brackwede. Arbeiter-Radfahrerverein „Freiheit" 8½ Uhr bei Karl Schröder.
Schildesche. Kegelklub „Freie Bahn" 9 Uhr bei Krämer.
„Eggetaler", 8½ Uhr bei G. Hartmann, Schillerstr. 75.
Schildesche. Arbeiter-Turnverein „Deutsche Eiche" 8 Uhr bei Lechterbeck.
Schildesche. Männergesangverein „Concordia" 9 Uhr bei W. Böke, Bielefelderstraße.
Werther. Arbeiter-Turnverein „Frisch Auf" 9 Uhr.
Oerlinghausen. Arbeiter-Turnverein „Einigkeit" 9 Uhr bei C. Lücking.
Herford. Arbeitergesangverein „Eintracht" 9 Uhr bei Winkelmann.
Oetinghausen. Arbeitergesangverein „Vorwärts" 8½ Uhr bei Wirt Düsdicker.
Bürde. Arbeiter-Gesangverein „Einigkeit" 9 Uhr bei Nübel.
Bünde. Arbeitergesangverein „Eintracht" 8½ Uhr bei Wirt Timmert.
Schötmar. Radfahrerverein „Wanderer" ½9 Uhr im „Tivoli".
Lage. Radfahrerverein „Schwalbe" 8½ Uhr bei Steinsiek.
Rehme. Arbeiter-Radfahrerverein „Bahn frei" 8½ Uhr bei Röbke.
Minden. Freier Turnerbund abends 8½ Uhr.
Lübbecke. Arbeiter-Turnverein „Vorwärts" 9 Uhr bei Baumeister.

Arbeiter, agitiert für eure Zeitung!

Abonnementspreis für Bielefeld und Umgegend, wie bei sämtlichen Agenturen ins Haus gebracht 60 Pfg. monatlich. Durch die Post bezogen 1,80 Mk. vierteljährlich exklusive Bestellgeld.
Einzelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 353

Nr. 161.

Öffen

Thema:

Die heutige Num

An die Parteigen

des östlichen Westfalens

Der deutsche Reichstag i
und damit einer volksschäd
wohl in keinem anderen Pa
den dürfte, wenigstens vorlä
dem Bülow-Block nicht gelan
gebracht. Die sogenannte F
zurechtgeschustert worden u
Junkern und „antinationale
dankbarst entgegengenommen

**Es galt ja die Interesse
gunsten des Junkertums,
verraten und mit Füßen zu t**

War schon der Bülow-B
500 Millionen Mark neuer
aufzuhalsen, der neue Block
als Schönheitspflaster gedac
steuer ab und schuf fast nu
tätigen Volkes belastende un

**In der schamlosesten We
für die eigenen Geldsackint**

Unter der wirtschaftliche
klasse und alle kleinen Ge
behrungen zu erdulden: No
in der verkehrten kapitalist
verschärfter wiederkehrender
amten, und zwar den höher
lagen bewilligt, dem Volke
zugunsten der Agrarier in
**die Not des werktätigen Volk
schenden Parteien Hekuba,**
die Besprechung der sozialde
fend die Oeffnung der Grenz
Brotgetreide.

**Die Auswucherung des
elbischen Junkertums und s**

Und um diese grenzen
„Ruhmes"-Blätter zu bereich
**belastung des Tabaks und da
arbeiter beschlossen, die Liebes
an das ostelbische Junkertum**
Volke ein Steuerbukett prä
Machwerk schlimmster Art
denjenigen Arbeitern und kl
im Schlepptau der bürger
gebrauchen ließen, die Augen
ihrer kurzsichtigen Handlungs

**Damit dies recht gründlic
Parteigenosse und jede Parte
tation und Organisation stelle
überlassen, ohne gegenüber d
schenden Klassen auf die Not
werkschaftlichen Organisation
die Volkswacht", hingewiesen**

Parteigenossen u
ihr in dem angegebenen Sinn
es auch leicht möglich sein, Ta
rinnen, die heute noch aus G
abseits stehen, aufzuklären, d
Arbeiterbewegung zuzuführen
heranzubilden. **Diese Betätig
Vorbereitung des nächsten Wa**

Deshalb an die